

Forum Umwelt & Entwicklung



Hoffnungsvolles Scheitern

WTO-Ministerkonferenz in Cancún



HOFFNUNGS- VOLLES SCHEITERN WTO-MINISTERKONFERENZ IN CANCÚN

Impressum:

Herausgeber:
Projektstelle Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Telefon: 0228-35 97 04
Fax: 0228-923 993 56
E-mail: info@forumue.de
Internet: www.forumue.de

Verantwortlich: Jürgen Maier
Redaktion: Monika Brinkmüller
Serviceteil: Bettina Oehmen

Diese Publikation wurde vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziell gefördert. Der Inhalt gibt nicht unbedingt die Meinung des BMZ wieder.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im Dezember 2003.

INHALT

Editorial - *Jürgen Maier* 2

Schwerpunktthema: WTO-Ministerkonferenz in Cancún

- ❑ Vom hoffnungsvollen Scheitern einer Konferenz –
Tobias Reichert/Susanne Lehmann 3
- ❑ Wer Herrschaftsansprüche sät, erntet Widerstand –
Marita Wiggerthale 5
- ❑ Pharmapatente und TRIPS – *Michael Frein* 6
- ❑ Den Bock nicht zum Gärtner machen - Die Umweltfrage in den
Cancún-Verhandlungen – *Jürgen Knirsch* 7
- ❑ Gerechtigkeit jetzt! Die Welthandelskampagne in Cancún –
Antje Schutheis 9
- ❑ Etappensieg in Cancún - Einwände gegen das
Investitionsabkommen tragen zum Scheitern der Konferenz bei –
Daniel Mittler 10
- ❑ Die WTO - eine vordemokratische Organisation – *Jürgen Maier* 12
- ❑ Friedenspflicht im Agrarvertrag der WTO – *Rudolf Buntzel-Cano* 15

Aus den Arbeitsgruppen

- ❑ gena.net - Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit und
Nachhaltigkeit – *Ulrike Röhr* 16
- ❑ Import illegaler Hölzer muss endlich verboten werden –
László Maraz 17
- ❑ Warten auf die Ratifizierung Russlands – *Manfred Treber* 19
- ❑ Stadtreform statt Ausverkauf - Nachrichten aus der Arbeit
der AG Habitat – *Knut Unger* 21

Weitere Berichte

- ❑ Aufbruch oder Scheideweg - Die schwierige Umsetzung der
UN-Desertifikationskonvention – *Matthias Banzhaf* 23
- ❑ Handel mit Virtuellem Wasser – *Thorsten Arnold/Holger Hoff* 24
- ❑ Die Situation der Kaffeebauern in der Kagera-Region
in Tansania– *Mattis Hahn* 27

Veranstaltungen / Publikationen 28



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Die vorliegende Ausgabe des Rundbriefs steht ganz im Zeichen der Handelspolitik. Die gescheiterte WTO-Ministerkonferenz im mexikanischen Retorten-Badeort Cancún gibt Anlass zu der Hoffnung, dass die bisher vom UN-System und den in Rio vereinbarten Paradigmen der Nachhaltigen Entwicklung hartnäckig abgeschottete WTO diesen Kurs künftig nicht mehr durchhalten kann. Im Gegensatz zu der Konferenz von Seattle, die 1999 im Chaos endete, scheiterte Cancún an einer klar zu benennenden Ursache: Die grosse Mehrheit der Entwicklungsländer lehnt die Ausweitung der WTO-Kompetenzen (oder „Disziplinen“, wie es im WTO-Jargon so schön heisst), klar ab und besteht darauf, dass jetzt einmal die Industrieländer Zugeständnisse machen – das kann man von einer »Entwicklungsrunde« schliesslich auch erwarten.

Die WTO in ihrer bisherigen Form ist in Cancún an ihre Grenzen gestossen. Das ist gut so. Der Katzenjammer, wie er in den Regierungen der Industrieländer und grosser Teile der Presse vorherrscht, ist völlig fehl am Platze. Die von immer mehr Menschen geforderte grundlegende Reform des internationalen Handelssystems kann anders gar nicht auf die politische Tagesordnung kommen als durch eine veritable Krise der WTO in ihrer bisherigen Form.

Dies ist der Grund, warum die Nichtregierungsorganisationen und viele Delegationsmitglieder aus Entwicklungsländern das Scheitern von Cancún freudig begrüsst. Wer wie die Bundeslandwirtschaftsministerin Künast dazu nur den Kommen-

tar übrig hat, »Wer jetzt feiert, feiert auf dem Rücken der Ärmsten«, übersieht geflissentlich, dass die Ärmsten auch noch mitfeiern. Die Entwicklungsländer sind jedoch keineswegs zu dumm, zu erkennen, was gut für sie ist, auch wenn gerade europäische Regierungen gerne so tun, als wüssten sie selbst am besten, wie eine Entwicklungsrunde aussieht.

Auch die von vielen gerne beschworene Gefahr, »das multilaterale System« sei nun in Gefahr, einem schrankenlosen Bilateralismus Platz zu machen, erweist sich bei näherem Hinsehen als Schimäre. Dazu gehören schliesslich mehrere Akteure. Wenn die EU-Wirtschaftsminister und der EU-Handelskommissar nun zum Bilateralismus übergehen wollen, um damit die Entwicklungsländer in der bisher gewohnten Weise unter Druck setzen zu können, müssen sie sich dafür erst einmal Mehrheiten in Europa besorgen. Immer mehr Menschen treten in Europa aber für einen fairen Welthandel ein, und lehnen die falsche Alternative ab, die Interessen des Nordens entweder multilateral oder bilateral durchzusetzen. Auch der Bundestag hat der Bundesregierung eine entsprechende Aufforderung mit auf den Weg nach Cancún gegeben.

Cancún muss zum Signal für eine umfassende Neuorientierung des internationalen Handelssystems werden. Weitreichende Demokratisierung und eine grundlegende Verpflichtung der Handelspolitik auf Prinzipien wie Nachhaltige Entwicklung müssen die bisherige Orientierung an einem Freihandel-über-alles-Ansatz ablösen. Alles andere ist nicht zukunftsfähig.

Jürgen Maier



Vom hoffnungsvollen Scheitern einer Konferenz

Industriestaaten sind unfähig, auf die wachsende Rolle der Entwicklungsländer zu reagieren.

Die am 14.9. im mexikanischen Cancún zu Ende gegangene 5. WTO-Ministerkonferenz sollte die ins Stocken geratenen Verhandlungen der Doha-Runde wieder in Gang bringen. Formal stand die Entscheidung an, ob Verhandlungen über die sogenannten „Singapur-Themen“: Investitionsschutz, Wettbewerbsrecht, Transparenz im öffentlichen Beschaffungswesen und administrative Handelserleichterungen begonnen werden sollen. Da es in den Verhandlungen in Genf nicht gelungen war, die vorgesehenen Zwischenergebnisse über die Reform des Agrarabkommens, den weiteren Zollabbau für Industriegüter und die Vorzugsbehandlung für Entwicklungsländer (Special and Differential Treatment) zu erzielen, standen praktisch alle schwierigen Fragen der Doha-Agenda auf der Tagesordnung.

Eine neue Entwicklung ergab sich in den Wochen vor der Konferenz, als wichtige Länder erstmals ihre bekannten Positionen in den Agrarverhandlungen veränderten. Der erste Schritt hierzu war ein Kompromisspapier zwischen EU und USA, das den Rahmen für ein neues Agrarabkommen setzen sollte. Daraufhin formierte sich eine Gruppe von zunächst 21 Entwicklungsländern, die den Vorschlag in wichtigen Bereichen modifizierte. Vor allem forderte sie den stärkeren Abbau von Subventionen in Industriestaaten und eine Zollreduktionsformel, die Entwicklungsländern größeren Spielraum zum Schutz wichtiger Produkte bietet. Mit der G21 oder G20+ genannten Gruppe ist es den großen Agrexporteurern unter den Entwicklungsländern wie Brasilien und Argentinien einerseits und China und Indien andererseits, die auf den auf den Schutz ihrer kleinbäuerlichen Landwirtschaft abzielen, ihre divergierenden Interessen zu überbrücken und eine gemeinsame Position zu entwickeln. Südafrika, Ägypten und Malaysia sind weitere politische Schwergewichte in der Gruppe. EU und USA lehnten den Vorschlag der G20+ in Genf scharf ab, und kleinere afrikanische und karibische Entwicklungs-

länder kritisierten, dass die Marktöffnungsverpflichtungen für Entwicklungsländer immer noch zu weitgehend seien.

Die schwierige Ausgangssituation der Verhandlungen spiegelt sich auch darin wider, dass die WTO-Mitglieder sich nicht auf einen gemeinsamen Entwurf für eine Ministererklärung einigen konnten. Normalerweise wird den Ministern ein vereinbarter Text vorgelegt, in dem zu umstrittenen Punkten alternative Formulierungen in Klammern enthalten sind. Der Vorsitzende des Allgemeinen Rats der WTO legte aber einen eigenen Entwurf vor, der nicht den Anspruch erhob ein vereinbartes Dokument zu sein, noch alle Positionen der Mitgliedsstaaten wiederzugeben.

Auch in den ersten Verhandlungstagen keine Bewegung

Die Struktur der Verhandlungen entsprach der in Doha: In fünf offenen Arbeitsgruppen verhandelten die knapp 5.000 Delegierten parallel über Landwirtschaft, Marktzugang für Industriegüter, Singapur-Themen, Entwicklungsfragen sowie „übrige Themen“. Die Moderatoren der Arbeitsgruppen sollten dem Vorsitzenden der Konferenz, dem mexikanischen Handelsminister Derbez berichten, der auf dieser Grundlage Änderungen am Entwurf der Ministererklärung vornehmen sollte, um sie konsensfähig zu machen. Während der ersten drei Verhandlungstage zeichnete sich in keiner der Arbeitsgruppen Bewegung ab.

Zu dem im Vorfeld von Cancún aufgetragenen Thema Baumwollsubventionen wurde eine zusätzliche Diskussionsgruppe eingerichtet. Vier zentral- und westafrikanische Länder - Burkina Faso, Mali, Benin und Tschad - hatten einen Vorschlag eingereicht, wie durch den Abbau marktverzerrender Subventionen für die Baumwollindustrie, vor allem in den USA, die Armut in ihren Ländern verringert werden könnte. Aus Studien der Weltbank geht hervor, dass die Stützungen der USA für Baumwolle sich pro Jahr auf rund 3 Mrd. Dollar (2,69 Mrd. Euro) belaufen, drei mal mehr als die USA an Entwicklungshilfe an Afrika leistet. Zusammen mit den Subventionen anderer Baumwolle exportierender Staaten lässt dies den Weltmarktpreis für Baumwolle um 10 bis 20% fallen. Allein Afrika koste

das jährlich etwa 250 Mill. Dollar an Exporteinkommen, sagte Shengman Zhang, Managing Director bei der Weltbank in seiner Rede vor den WTO-Ministern. Die EU – größter Baumwollimporteur und selbst nur Produzent von etwa 2% der Weltmenge – hat Unterstützung für die Baumwollinitiative signalisiert. Da die EU ohnehin zollfreien Marktzugang gewähre und keine Baumwolle exportiere, gehe es nur um den Abbau der Produktionssubventionen. Die USA, zeigte sich dagegen nicht bereit, ihr Subventionssystem zu verändern und schlug stattdessen Kompensation in Form von verbessertem Marktzugang für Textilien (die afrikanischen Länder nicht herstellen) und Unterstützung für den Aufbau einer Textilindustrie vor. Der WTO-Generaldirektor Supachai sah sich daraufhin in einem von ihm selbst als „ungewöhnlich“ bezeichneten Schritt dazu genötigt darauf hinzuweisen, dass das Ziel der Initiative Subventionsabbau und nicht Entwicklungshilfe sei.

Die Fronten zu den Singapur-Themen verhärteten sich während der Konferenz weiter. Am Freitag Nachmittag wurde bekannt, dass die Gruppe der 68 Länder, die im Vorfeld der Ministerkonferenz ihre Oppositionshaltung gegen die Aufnahme der Singapur-Themen deutlich gemacht hatte, auf 90 Länder angewachsen war. „Die Fragen sind technisch und komplex, und einige von ihnen haben mit Handel ziemlich wenig zu tun“, formulierte eine Gruppe von 16 Entwicklungs- und Schwellenländern ihre Gründe für die Ablehnung von Verhandlungen. Dagegen bestätigte Kommissar Lamy die harte Haltung der EU in Bezug auf die sogenannten Singapur-Themen. Aus Delegiertenkreisen verschiedener EU-Länder gab es allerdings die Informationen, dass durchaus nicht alle EU-Länder im Investitionsthema unnachgiebig seien. So machte Schweden keinen Hehl daraus, dass die Regierung diesem Thema kein Priorität beimesse. In Gesprächen mit der Deutschen Delegation und öffentlichen Stellungnahmen von Minister Clement wurde hingegen sehr deutlich, dass gerade Deutschland zu keinen Zugeständnissen bereit sei. Die Bundesregierung bestehe auf dem sofortigen Beginn von Verhandlungen zu allen vier Singapur-Themen.



Erster Entwurf entspricht Interessen der Industriestaaten

Der mit Spannung erwartete überarbeitete Entwurf der Ministererklärung war für Samstag 11 Uhr angekündigt. Gegen 10.30 jedoch verlautbarte, dass der Termin nicht würde eingehalten werden können und das Erscheinen auf 15 Uhr verschoben sei. Kein ungewöhnliches Vorgehen während einer internationalen Ministerkonferenz, bei der es im Taktieren um die besten Verhandlungspositionen auch darauf ankommt, den richtigen Zeitpunkt für die Aufgabe oder die Beibehaltung bestimmter Teilpositionen zu finden: nicht zu früh, um keine Vorlage für die Haltung von Gegenspielern zu geben, aber auch nicht zu spät, um noch Zeit für die Verhandlungen über neue Kompromisslinien zu haben. In Cancún blieben dafür praktisch nur noch 24 Stunden.

Der vom Konferenzvorsitzenden Derbez vorgelegte Entwurf wurde von den Delegationen der Entwicklungsländer und den NRO einhellig als Schlag ins Gesicht der Entwicklungsländer empfunden. Dagegen bezeichneten EU und USA ihn als „gute Verhandlungsgrundlage“ und suchten verzweifelt nach Punkten, die sie als „so nicht akzeptabel“ darstellen konnten, um den Eindruck eines ausgewogenen Kompromisses zu erwecken. Tatsächlich hatte sich der Entwurf von Debrez in praktisch allen wichtigen Fragen von der Position der Entwicklungsländer weg bewegt, so dass er fast wie ein Kompromisspapier zwischen EU und USA wirkte.

Zu den Singapur-Themen, war der Beginn von Verhandlungen zu drei Themen vorgesehen. Nur zu Wettbewerbsrecht sollte der Klärungsprozess fortgesetzt werden, gerade dem Thema, dem die USA am skeptischsten gegenüber stehen. Der Rahmen für das reformierte Agrarabkommen wurde dahin verändert, dass für die Entwicklungsländer nun dieselbe Zollsenkungsformel wie für Industrieländer gelten sollte, was sie zu einer noch weitergehenden Öffnung ihrer Märkte gezwungen hätte. Im Abschnitt zur Baumwollini-

tiative wurden ausschließlich die Vorschläge der USA aufgelistet, und zusätzlicher Subventionsabbau nicht einmal erwähnt.

Widerstand der Entwicklungsländer wird zu spät ernst genommen...

Die anschließenden offiziellen Diskussionen erstreckten sich bis zwei Uhr morgens und waren von der deutlichen Ablehnung des Entwurfs gerade bei den Singapur-Themen durch die Entwicklungsländer geprägt. Aus Kreisen der deutschen Delegation war aber selbst am Sonntag morgen noch zu hören, die seien vor allem taktische Positionierungen und „nicht so ernst zu nehmen“. Gleichzeitig wurde versucht in informellen green-room-Verhandlungen zu einer Lösung genau dieser Frage zu gelangen. Der Vorsitzende schlug vor, zwei Themen: Investitionen und Wettbewerbsrecht komplett fallen zu lassen und dafür mit Verhandlungen über Transparenz im öffentlichen Beschaffungswesen und administrative Handelserleichterungen zu beginnen. EU-Handelskommissar Lamy fragte im Ministerrat nach einer entsprechenden Änderung seines Mandats, die unter der Bedingung beschlossen wurde, dass das Abkommen „insgesamt ausbalanciert“ sein müsse. Darunter wären mindestens die Anerkennung des stark auf EU und USA ausgerichteten Rahmenabkommens zu Landwirtschaft und weitere Zugeständnisse der Entwicklungsländer beim Marktzugang für Industriegüter zu verstehen gewesen.

...und führt zum Scheitern der Konferenz

Nachdem zahlreiche Entwicklungsländer ihre Ablehnung gegenüber diesem Vorschlag geäußert hatten, erklärte der Vorsitzende er sehe nun keine Möglichkeit mehr, im Verlauf dieser Konferenz (es war bereits Sonntag kurz vor 15 Uhr) zu einem Konsens zu kommen. Damit seien die Verhandlungen gescheitert. Bei der Abschlusszeremonie wurde dann nur eine dürre Erklärung verabschiedet, die das Scheitern der Konferenz konstatiert, gleichzeitig die Fortsetzung des Verhandlungsprozesses bekräftigt, und den Allge-

meinen Rat der WTO damit beauftragt, bis Ende des Jahres einen Vorschlag für das weitere Verfahren zu machen.

Während Vertreter der Entwicklungsländer, voran EU und USA, das Scheitern der Konferenz bedauerten, zeigten sich vor allem die Vertreter der G20+ gestärkt und optimistisch, durch die verstärkte Kooperation der Entwicklungsländer untereinander, die Verhandlungen in eine Richtung lenken zu können, die dem Anspruch einer Entwicklungsrunde stärker entspricht. Dabei beschränkt sich diese Kooperation nicht auf die G20+, auch die am wenigsten entwickelten Länder (LDC), die Afrikanische Union und die karibischen Staaten traten in einer gemeinsamen Gruppierung sehr viel koordinierter und bestimmter auf.

Cancún könnte damit einen Wendepunkt in der Geschichte der WTO bedeuten: Waren in Seattle die Differenzen zwischen EU und USA und die öffentlichen Proteste noch entscheidende Faktoren für das Scheitern, ist es in Cancún ausschließlich der Widerstand der gegen ein von den Industriestaaten dominiertes Ergebnis. Soll die WTO nicht endgültig scheitern, müssen die Industriestaaten das gewachsene politische Gewicht der Entwicklungsländer und ihre größeren Fähigkeiten endlich ernst nehmen. Damit wäre es dann auch möglich, die proklamierte Entwicklungsrunde endlich mit Leben zu füllen. Versuchen die Industrieländer dagegen weiter zu dominieren, stellen sie das multilaterale Handelssystem in Frage.

Tobias Reichert und Susanne Lehmann

Tobias Reichert ist Koordinator der AG Handel, Susanne Lehmann ist Mitarbeiterin in der Projektstelle Handel des Forums Umwelt & Entwicklung



Wer Herrschaftsansprüche sät, erntet Widerstand

Zum Ablauf der WTO-Agrarverhandlungen bis zum Abbruch in Cancún

Zwar waren die Agrarverhandlungen auch bei dieser Ministerkonferenz in Cancún eines der umstrittensten Themen, aber sie haben nicht zum Abbruch der Verhandlungen geführt. Indirekt haben sie aber dennoch dazu beigetragen.

Die Geschichte beginnt bereits am 13. August mit dem gemeinsamen Vorschlag der EU und den USA für die Agrarverhandlungen. Verhandlungsleiter Stuart Harbinson kündigte an, dieses Papier als Verhandlungsgrundlage für Cancún zu nehmen. Es sah die Beibehaltung von Ausnahmeregelungen bei Subventionen, keinen weitgehenden Abbau der handelsverzerrenden Subventionen, keine Abschaffung der Exportsubventionen und keine Sonderregelungen für Entwicklungsländer vor. Darauf reagierte eine Gruppe von 17 Entwicklungsländern (G-17, spätere G-21+), darunter Indien, Brasilien, China, Südafrika, Mexiko u.a., mit einem Gegenvorschlag. Damit ging die Strategie der EU und der USA, kurz vor Cancún ein Papier vorzulegen, das den Entwicklungsländer ihre Regeln diktiert, nicht auf. Die Gründung der G-17 bzw G21 markiert einen Wendepunkt in den Agrarverhandlungen in Cancún; er zog eine zunehmende Geschlossenheit der Entwicklungsländer sowie weitere, gut organisierte Koalitionen nach sich. Selbstbewusst präsentierte sich die G-21 am Tag vor dem Beginn der Ministerkonferenz, die Gruppe stand im Mittelpunkt der Agrardiskussionen.

Bauernforum in Cancún

Welche Bedeutung die Agrarverhandlungen für die Lebensgrundlagen der Kleinbauern im Süden darstellt, zeigten vielfältige Veranstaltungen im Rahmen des Bauernforums in der Cancúner Innenstadt. Mit einem Marsch demonstrierten Bauern am 10. September gegen die WTO und die Liberalisierung der Agrarmärkte. Auch der tragische Selbstmord eines koreanischen Bauern im Anschluss daran zeigt: Landwirtschaft bedeutet Existenz, die WTO jedoch deren Gefährdung.

Die Gründung der G-21 wurde von "La Via Campesina" zwar wegen der Demonstration von Widerstand begrüßt, wegen ihres Eintretens für die Liberalisierung der Agrarmärkte jedoch abgelehnt.

Gedenkveranstaltung für einen koreanischen Bauern, der sich in Cancún umgebracht hatte.



Quelle: J. Maier

Verbraucherschutzministerin Renate Künast, während der gesamten Verhandlungszeit in Cancún anwesend, instrumentalisierte die Ablehnung des G-21-Papiers durch La Via Campesina, um die G-21 als Gruppe in Frage zu stellen. Die gleichzeitige Unterstützung der Gruppe wegen ihrer Widerstandsfunktion und die grundsätzliche Ablehnung der Liberalisierung der Agrarmärkte durch La Via Campesina wurden nicht erwähnt. Solche Instrumentalisierungsversuche sind kategorisch abzulehnen.

Arme Länder leisten Widerstand

Neben der G-21 bildete sich am zweiten Verhandlungstag die G-90 der ärmsten Länder (AKP-Staaten, LDCs, Afrikanische Union). Sie unterstützt die G-21 und ergänzt einige für sie wichtige Forderungen (z.B. Unterstützung zur Verbesserung ihrer Angebotskapazitäten). Ebenso bekam die Allianz der 29 Zulauf, die sich für Instrumente zum Schutz der Ernährungssicherung und der kleinbäuerlichen Produktion einsetzt.

Angesichts dieser Demonstration von Geschlossenheit und Stärke konnte der zweite Entwurf einer Abschlusserklärung, der am 13. September vorgelegt wurde, nur unangenehm überraschen: Er hat die EU/US Forderungen fast 1:1 übernom-

men und beinhaltete Marktzugangsanforderungen an die Entwicklungsländer in bis dahin unbekanntem Maße. NGOs aus aller Welt und die G-21 haben diesen Entwurf abgelehnt. Indien erklärte: „Wir sind enttäuscht, dass der Textentwurf mehrere Anliegen, die von Entwicklungsländern benannt wurden, ignoriert“. Anscheinend bezöge sich die "Entwicklungsrunde" nur auf die Industrieländer!

Dem Vernehmen nach wurde ab dem 13. September im Agrarbereich nicht mehr formal, sondern nur informell weiterverhandelt. Im Mittelpunkt standen am letzten Verhandlungstag die Singapur-Themen. Ohne weitgehende Zugeständnisse im Agrarbereich war aber ein Vorankommen bei den Singapur-Themen nur schwer denkbar. Diese wurden von einer Gruppe von 70 Entwicklungsländern komplett abgelehnt. Letztendlich entstand ein Verhandlungsklima, das Entwicklungsländern wie Kenia verdeutlichte, dass die Industrieländer alles daran setzen, ihre Agenda durchzuziehen. Deswegen: „Wer Herrschaftsansprüche sät, erntet Widerstand“.

Marita Wiggerthale

Die Autorin ist Leiterin des Handelsbereichs bei Germanwatch und Mitglied der AG Landwirtschaft des Forums Umwelt & Entwicklung



Pharmapatente und TRIPS

Das Problem der grenzüberschreitenden Zwangslizenzen

Einer der wichtigsten Streitpunkte der letzten, der 4. WTO-Ministerkonferenz von Doha war die Frage des Zugangs der Armen zu bezahlbaren Medikamenten, insbesondere zur Bekämpfung von AIDS. In Cancún bestand allerdings in dieser Frage kein Handlungsbedarf mehr – zumal es sich hier um eine aus Doha unerledigte Hausarbeit handelt. Insofern ist die genannte Regelung vom Scheitern der Konferenz nicht betroffen

Das Problem besteht dabei darin, dass patentgeschützte Medikamente auch in Entwicklungsländern zu Preisen gehandelt werden, die gerade für die Armen unerschwinglich sind.

Eine Verletzung des Patentschutzes wäre nicht WTO-konform. Nach dem TRIPS-Vertrag müssen alle WTO-Mitglieder die dort festgelegten Mindeststandards für Patentschutz erfüllen. Das bedeutet, sie haben darauf zu achten, dass keine billigen Kopien von patentgeschützten Produkten – unter anderem eben Generika von geschützten Medikamenten – auf ihren Märkten gehandelt werden. Dadurch ergibt sich das Problem, dass diese Länder – und damit auch die Kranken abhängig von der Preispolitik der großen Pharmakonzerne sind, die durch den Patentschutz ein Monopol für eben diese Medikamente genießen. Bei jährlichen Behandlungskosten von etwa 10.000 sind solche dringend benötigten Arzneimittel für viele Arme damit außer Reichweite.

Zwangslizenzen für öffentliche Gesundheit

Das TRIPS-Abkommen bietet jedoch einen Ausweg. Im Falle der Gefährdung der öffentlichen Gesundheit kann ein Land Zwangslizenzen verhängen und somit billige Generika selbst produzieren. Ob und unter welchen Bedingungen der TRIPS-Vertrag dies erlaube, war in Doha strittig. Die USA (und auch die Schweiz) hatten angezweifelt, dass der TRIPS-Vertrag tatsächlich Zwangslizenzen gestatte. In Doha mussten sie jedoch nachgeben. Eine gesonderte WTO-Ministererklärung zu TRIPS und öffentlicher Gesundheit stellt fest, dass Zwangslizenzen ein legitimes Instrument und durch den TRIPS-Vertrag abgedeckt sind.

Produktionskapazitäten

Offen blieb noch das Problem, inwiefern Länder ohne beziehungsweise ohne ausreichende eigene Produktionskapazitäten von diesem Instrument profitieren könnten. Denn der TRIPS-Vertrag sieht vor, dass die unter Zwangslizenzen produzierten Medikamente hauptsächlich für den Binnenmarkt zu verwenden seien. Damit ständen bei einer kleinen Zahl von Anbietern (etwa Brasilien, Indien und Südafrika) nicht ausreichend Generika für die Versorgung der Armen zur Verfügung. Das Problem dieser sogenannten grenzüberschreitenden Zwangslizenzen, bei denen auch Aufträge ins Ausland vergeben werden können, sollte, so versprachen die WTO-Minister in Artikel 6 der Doha-Erklärung, bis zum 31. Dezember 2002 gelöst werden.

Der Termin verstrich, ohne dass substantiell etwas geschehen wäre. Zum Schluss weigerten sich nur noch die USA, einem Kompromiss zuzustimmen, der die Interessen der Pharmakonzerne in weiten Feldern berücksichtigte. Dennoch zog sich eine Entscheidung über den gesamten Sommer hin. Derweil erhielt die Lösung dieses Problems über seine praktische Relevanz hinaus bei vielen Entwicklungsländern und NGOs symbolische Bedeutung: sie wurde zum Testfall für die Bereitschaft der Industrieländer, die Interessen und Bedürfnisse der Entwicklungsländer tatsächlich Ernst zu nehmen und

somit der politischen Rhetorik von einer Entwicklungsrunde auch konkrete Taten folgen zu lassen. Das Problem drohte zunehmend zu einer Belastung für die Cancún-Konferenz zu werden.

Kurz vor Toresschluss, am 30. August 2003, konnte schließlich doch noch eine Verständigung erreicht werden. Demnach sind nunmehr grenzüberschreitende Zwangslizenzen grundsätzlich gestattet. Allerdings hat sich die Pharmaindustrie mit ihrem Interesse der Verhinderung eines Generika-Marktes in den Ländern des Südens und der quasi vollständigen Kontrolle der Produktion und des Handels mit Generika durchgesetzt. Die Folge davon sind eine Reihe bürokratischer Hürden, die drohen, einer schnellen und an den wirklichen Problemen der Kranken orientierten Versorgung mit Generika entgegenzustehen. Zwar ist nun eine rechtliche Lösung gefunden. Ob diese jedoch dazu beiträgt, dass Generika wirklich in ausreichender Zahl bei den Armen ankommen, scheint nicht gesichert.

Konkret geht es etwa darum, dass betroffene Länder zunächst beim TRIPS-Rat der WTO anführen müssen, dass sie über keine beziehungsweise nicht ausreichende eigene Produktionskapazitäten verfügen. Dann müssen sie angeben, welche Generika sie in welcher Menge benötigen und wie sie aussehen. Die Verpackung und/oder die Tabletten selbst müssen von den Originalpräparaten unterscheidbar

Biopiraterie, Schutz traditionellen Wissens, Patente auf Leben und Geographische Herkunftsangaben

Im Schatten der großen Themen Landwirtschaft und Singapur-issues wurde in Cancún auch zu Fragen des Schutzes geographischer Herkunftsangaben bei Weinen und Spirituosen (Champagner, Ouzo) verhandelt. Kaum ein Thema bei den eigentlichen Verhandlungen waren die gleichfalls mit TRIPS verbundenen Fragen, die mit Problemen wie Patent auf Leben, Biopiraterie, Schutz traditionellen Wissens, Farmers' Rights, usw. zusammenhängen. Zwar gab es dazu am Rande der Konferenz eine Reihe von Side-Events und vielfach wurde das Fehlen des Themas im offiziellen Verhandlungsprozess beklagt. Der zweite Entwurf der Ministererklärung, der dann zum Scheitern der Verhandlungen führte, verwies in diesem Zusammenhang jedoch lediglich auf den entsprechenden Paragraphen der Doha-Erklärung, wonach in der laufenden Arbeit die oben genannten Fragen berücksichtigt werden sollen. Konkrete Vorschläge, etwa mit Blick auf den Nachweis der geografischen Herkunft des verwendeten Materials bei Biopatenten, wurden nichtdiskutiert. Weder dies noch das Scheitern der Konferenz bedeuten jedoch das Ende der damit zusammenhängenden Debatten in der WTO. Die Arbeit im TRIPS-Council wird fortgesetzt, die Ministerkonferenz in Cancún hat dafür lediglich keine neuen Impulse liefern können.



sein. Die Produktion muss genau der beim TRIPs-Rat notifizierten Menge entsprechen, die dann auch vollständig exportiert werden muss. Bedarfsanpassungen sind nicht vorgesehen, auch die Produzentenseite kann sich nicht an einem Markt orientieren, sondern lediglich auf Aufforderung hin aktiv werden.

Informationsrecht für die Wirtschaft

Zusätzlich müssen alle Informationen im Internet zur Verfügung gestellt werden. Dies ist ein besonderes Entgegenkommen für die Pharmaindustrie, da sie – rechtlich gesehen – kein Zugriffsrecht auf die beim TRIPs-Rat hinterlegten Informationen hat. Über die vorgeschriebene Internet-Quelle

kann die Pharma-Industrie nun alle Informationen abrufen. Damit konstituiert die WTO als Zusammenschluss von Staaten zum ersten Mal ein Informationsrecht für Dritte, in diesem Fall die Wirtschaft.

Testfall Brasilien

Technisch gesehen handelt es sich bei der Einigung um einen sogenannten „waiver“, also eine Ausnahmeregelung. Diese wurde vom General Council, dem obersten Organ der WTO zwischen den Ministerkonferenzen, verabschiedet und gilt solange, bis der TRIPs-Vertrag der neuen Regel angepasst ist. In Cancún bestand somit in dieser Frage kein Handlungsbedarf mehr – zumal es hier nicht

um etwas Neues ging, sondern um eine aus Doha unerledigte Hausarbeit. Insofern ist die genannte Regelung vom Scheitern der Konferenz auch nicht betroffen. Zweifel bestehen allerdings, inwieweit sie ihren Zielen gerecht wird. Brasilien hat am Rande der Cancún-Konferenz angekündigt, die neue Regel für einige benötigte Medikamente in Kürze anwenden zu wollen. Damit ist der Testfall gegeben. Das Ergebnis bleibt abzuwarten.

Michael Frein

Der Autor ist Referent für nachhaltige Entwicklung beim Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) und Mitglied im Leitungskreis des Forums Umwelt & Entwicklung

Den Bock nicht zum Gärtner machen Die Umweltfrage in den Cancún-Verhandlungen

Das Thema Umwelt spielte bei der WTO-Ministerkonferenz in Cancún keine wichtige Rolle. Für die großen internationalen Umweltgruppen ist dies keine Enttäuschung, sie plädieren inzwischen dafür, dass die Konflikte zwischen Handel und Umwelt nicht in der WTO, sondern multilateral im UN-Zusammenhang geklärt werden müssen.

Umwelt sei für die Europäische Union nach Landwirtschaft das zweitwichtigste Verhandlungsthema, erklärte Robert Madelin, der für das Thema Nachhaltige Entwicklung ranghöchste Beamte des Handelskommissars Lamy, bei einer Presse-Unterrichtung am 11. September 2003 auf der WTO-Ministerkonferenz. Als drei Tage später diese Konferenz scheiterte, war das Thema Umwelt weder dafür verantwortlich, noch hatte es in den Verhandlungen eine zentrale Rolle gespielt. Die großen internationale Umweltgruppen zeigten sich über letzteres wenig enttäuscht. Sie plädieren inzwischen dafür, dass die Konflikte zwischen Handel und Umwelt nicht in der WTO, sondern multilateral im UN-Zusammenhang zu klären sind. Dagegen entdecken plötzlich andere Organisatio-



nen die Umweltverhandlungen in der WTO als Aktionsfeld. Mit einer „Nutze die WTO“-Strategie möchten sie die laufende Debatte um den verbesserten Marktzugang für Umweltgüter und -dienstleistungen eingreifen, um benachteiligten Produzentengruppen im Süden verbesserten Marktzugang zu den Märkten des Nor-

dens zu ermöglichen. Nachfolgend werden einige, bei weitem nicht alle Aspekte des konfliktträchtigen Paares Handel und Umwelt vorgestellt, die in Cancún (k)eine Rolle spielten.

Die Ausgangslage: enttäuschend

Seit der Doha-Ministerkonferenz der WTO ist das Thema „Handel und Umwelt“ Bestandteil der laufenden Handelsrunde. Drei „konkrete“ Verhandlungspunkte wurden 2001 in Doha beschlossen, drei weitere Themen als Optionen für zukünftige Verhandlungen identifiziert. Verhandelt werden das Verhältnis zwischen Umweltabkommen und WTO-Handelsregeln, das Ausmaß des Beobachterstatus, den die Sekretariate der Umweltabkommen bei den WTO-Organen und Verhandlungen bekommen sollen sowie der Informationsaustausch mit ihnen, und die Verbesserung des Marktzuganges für Umweltgüter und Umweltdienstleistungen. Diese Verhandlungen werden im WTO-Komitee für Handel und Umwelt (CTE) geführt. Das CTE wurde ferner beauftragt, drei weitere Punkte zu prüfen und diese gegebenenfalls zur Aufnahme in die Verhandlungen vorzuschlagen: die Auswirkungen von Umweltmaßnahmen auf den Marktzugang von Produkten aus Entwicklungsländern, die Umweltaspekte des Abkommens über handelsrelevante Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums (TRIPs-Abkommen) und Kennzeichnung für Umweltzwecke (Ökolabelling).



Multilaterale Umweltabkommen

Bisher ist das Verhältnis zwischen handelsrelevanten Umweltabkommen wie etwa dem Washingtoner Artenschutzabkommen oder der Basel-Giftmüllkonvention und WTO-Regeln ungeklärt. Diese Unsicherheit wird häufig dafür benutzt, mit einem WTO-Streitfall zu drohen, um unerwünschte Umweltmaßnahmen zu verhindern. In Doha stimmten nun die WTO-Mitglieder Verhandlungen zu, die das Verhältnis zwischen bestehenden WTO-Regeln und den spezifischen Handelsverpflichtungen, die in Multilateralen Umweltabkommen (MEAs) festgeschrieben sind, klären sollen. Doch für die angestrebte Klärung des Verhältnisses gibt es enge Vorgaben. Mit dem Doha-Mandat kann die Umwelt nur verlieren, da das bisher ungeklärte Verhältnis zwischen Handel und Umwelt zugunsten des Handels festgezurrert wird.

Die in Genf geführten Verhandlungen haben bisher wenig konkrete Ergebnisse gezeigt. So konnte noch keine Einigung über Definitionen erzielt werden. Ab wie vielen Mitgliedsstaaten ist ein Umweltabkommen multilateral, was sind die spezifischen Handelsverpflichtungen in einem Umweltabkommen? Auch bei dem Thema Umweltgüter ist noch ungeklärt, was sie eigentlich sind. Sind es Doppelhüllentanker, Aktivkohle zur Wasserreinigung, Solarpanel oder fällt etwa der Ökolandbau darunter? Der im August in Genf veröffentlichte erste Entwurf für die Cancún-Erklärung war somit aus Umweltgründen enttäuschend: In der üblichen Verhandlungssprache nahm man den Fortschritt der Verhandlungen bei der Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses dessen, was man eigentlich verhandeln will, zur Kenntnis, bestätigte noch einmal die Beschlüsse von Doha und verständigte sich darauf, dass die Arbeit fortgeführt wird. Nicht mehr!

Cancún-Cozumel-Cancún: eine gute Idee scheiterte

Dennoch machten sich einige Hoffnungen, dass in Cancún mehr zu erreichen sei. Denn im Vorfeld der WTO-Konferenz trafen sich auf Einladung des mexikanischen Umweltministers Victor Lichtinger auf der bei Cancún gelegenen Insel Cozumel am 8. und 9. September 2003 wenige ausgewählte Umweltminister zu einem „High-level Round Table on Trade

and Environment“. Erwartet wurde, dass von diesem Treffen ein Impuls in Form eines deutlichen Statements zum Verhältnis zwischen Handels- und Umweltregeln auf die WTO-Konferenz ausgehen würde. Etwa dahingehend, dass die WTO nicht die richtige Institution sei, dieses Verhältnis zu klären. Im Vorfeld von Cozumel tagte wiederum vom 5. bis 7. September in Cancún das Global Biodiversity Forum (GBF)¹ zu dem Thema „Biologische Vielfalt, Handel und Nachhaltige Entwicklung“. Während es das GBF schaffte, seine Empfehlungen den Ministern in Cozumel vorzutragen, ging dort der Impuls verloren. Telefonate aus Washington sorgten dafür, dass anstelle einer Erklärung der Minister nur ein abgeschwächtes Chairman-Statement des mexikanischen Umweltministers erfolgte. Dieser hieß nun auch nicht mehr Victor Lichtinger, der am 2. September überraschend seinen Posten verlor, sondern Alberto Cárdenas Jiménez. Weder der anwesende Umweltminister Trittin noch seine beiden Kolleginnen aus Schweden und England waren willig, die angedachten Akzente zu setzen. So enthält das Statement zwar brauchbare Aussagen zu der Abschaffung von umweltschädlichen Subventionen, zu Umweltgütern und -dienstleistungen und zum Verhältnis zwischen TRIPS und der Konvention zur biologischen Vielfalt (CBD)². Im wichtigsten Punkt blieb es jedoch schwach: es stellt nur die Kompatibilität zwischen Handelsregeln und Umweltabkommen fest. So war es denn auch kein großer Fehler, dass der mexikanische Außenminister Luis Ernesto Derbez in seiner Rede vor der WTO-Ministerkonferenz nicht wie versprochen auf das Chairman-Statement einging.

Zwei Verbesserungen: der Text vom 13. September

Der in Cancún am 13. September vorgelegte zweite Entwurf für den Abschlussentwurf enthielt dann gegenüber der Augustfassung zwei Verbesserungen. Die EU hatte es geschafft, einen Punkt einzuführen, nach dem mit der bisherigen Praxis, den Sekretariaten von sechs Umweltabkommen sowie des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) und der UN-Konferenz zu Handel und Entwicklung (UNCTAD) für die Umwelt-Verhandlungen Beobachterstatus einzuräumen,

fortgeföhren werden soll. Eine Bestätigung einer bisherigen freiwilligen Praxis als Erfolg feiern zu müssen, zeigt, wie wenig Spielraum derzeit in der WTO in der Debatte zu Handel und Umwelt vorhanden ist. In einem zweiten Punkt wurde ein Artikel aus der Doha-Erklärung vom 14. November 2001 hervorgehoben: dieser Artikel 19 fordert zur Überprüfung des für die Forderung „Kein Patent auf Leben“ wichtigen Artikels 27.3(b) aus dem TRIPS-Abkommen sowie zur Klärung des Verhältnisses zwischen dem TRIPS-Abkommen und der CBD auf. Die Frage, ob diese beiden Punkte auch noch in der Schlussfassung des Cancún-Textes gewesen wären, lässt sich durch Scheitern nicht mehr beantworten.

Wie weiter?

Die großen Umweltverbände WWF, Friends of the Earth (BUND) und Greenpeace sind sich einig, dass die Frage des Verhältnisses zwischen Handelsregeln und Umweltabkommen außerhalb der WTO geregelt werden muss. Diese Regelung der WTO zu überlassen und ihr damit zusätzlich auch noch die Definitionsgewalt zu geben, festzulegen, was Umweltabkommen sind, wie ein Ökolabel aussehen hat, wie Umweltgüter definiert werden, hieße den Bock zum Gärtner zu machen. Doch wo ist „außerhalb“? Die Schlagworte „im System der Vereinten Nationen“ und „multilateral“ müssen dringend konkretisiert werden. „Umweltgüter“ ist weiteres Problemfeld, zu dem dringend Austausch und Diskussionen stattfinden müssen. Während die einen darunter das Öffnen profitabler Märkte der Entwicklungsländer für High-tech-end-of-the-pipe-Lösungsansätze der Industrieländer sehen, verknüpfen andere damit die Hoffnung, für lokale, indigene Produzentengruppen die Chancen zu vergrößern, mit ihren Produkten auf den Märkten der Industrieländern zu landen. Das Scheitern von Cancún heißt alles andere, als die Hände in den Schoß zu legen.

Jürgen Knirsch

Der Autor ist bei Greenpeace zuständig für den Bereich Internationaler Handel und WTO.

¹ Mehr zum GBF unter <http://www.gbf.ch>.

² Das Cozumel-Statement ist auf der ICTSD-Homepage zu finden, dort gibt es auch einen Bericht über das GBF. Siehe <http://www.ictsd.org>



Gerechtigkeit jetzt! Die Welthandelskampagne in Cancún

Lauffeuerartig ging am frühen Nachmittag des letzten Tages der 5. WTO-Ministerkonferenz die Nachricht vom Scheitern der Verhandlungen durch das Konferenzzentrum. Die afrikanische Ländergruppe hielt ihre kritische Haltung gegenüber dem Verhandlungsverlauf und den Inhalten bis zuletzt durch.

Durch den überraschenden vorzeitigen Abbruch der Konferenzverhandlungen wird die WTO der Fadenscheinigkeit ihrer Entwicklungsrhetorik entlarvt und es werden die undemokratischen Machtverhältnisse in der WTO aufgedeckt.

Ein breites Netzwerk von Nichtregierungsorganisationen und sozialen Bewegungen hat es geschafft, die politische Öffentlichkeit für die Brisanz der neuen Themen und die Schiefelage im Welthandelssystem zu sensibilisieren. VertreterInnen der Welthandelskampagne haben sich in Cancún an den zahlreichen Aktionen innerhalb und außerhalb des Konferenzentrums beteiligt. Die Aktivitäten der Zivilgesellschaft stärkten die Anliegen der Entwicklungsländer und trugen dazu bei, dass sie ihre Position bis zuletzt halten konnten.

Abgeordnet zum Feigenblatt...

VertreterInnen der Kampagne machten zudem in einer Reihe von Treffen mit der deutschen Delegation und Bundestagsabgeordneten noch einmal die kritische Position zu den WTO-Verhandlungen deutlich. Gleich zu Beginn der Konferenz hat die Welthandelskampagne die deutschen Bundestagsabgeordneten zu einem gemeinsamen Gespräch vor Ort eingeladen. Fünfzehn der sechzehn in Cancún anwesenden ParlamentarierInnen aller Fraktionen kamen zu dem Treffen.

Die Abgeordneten drückten fraktionsübergreifend ihre Unzufriedenheit darüber aus, dass sie über die Verhandlungen nicht genügend informiert werden, geschweige denn Einfluss nehmen können. Enttäuschung und Verärgerung drückten die Abgeordneten auch darüber aus, dass die Beschlüsse des Parlaments von den Entscheidungsträgern (insbesondere vom Wirtschaftsministerium) kaum wahrgenommen würden. Dies zeige sich vor allem bei dem Bundestagsbeschluss vom 2. Juli dieses Jahres, in dem der Bundestag die Regierung auffordert, sich für einen fairen und nachhaltigen Handel durch eine umfassende Entwicklungsrun-

de einzusetzen und dem die Bundesregierung keine aktive Beachtung schenke. Dass die Mitgliedsländer der EU ihr Verhandlungsmandat im Handelsbereich an die EU abgegeben haben, verstärkt das Problem der mangelnden parlamentarischen Kontrolle und Einflussnahme.

Gerechtigkeit jetzt! hat in diesem Gespräch die strukturellen Probleme der WTO und die kritischen Themen der Verhandlungen wie Agrar und Investitionen deutlich gemacht. Die Kampagne hat die ParlamentarierInnen ermuntert, verstärkt ihre Kontrollaufgabe wahrzunehmen und auf ihre Einflussmöglichkeiten zu drängen.

Federn lassen

Nachdem der für viele Entwicklungsländer untragbare Entwurf für die Ministererklärung herauskam (siehe Bericht von Tobias Reichert und Marita Wiggert-Hale) haben Vertreter von Gerechtigkeit jetzt! bei einem Treffen mit der deutschen Delegation ihre massive Kritik an diesem Text zum Ausdruck gebracht. Verbraucherministerin Künast verteidigte sich damit, dass man nicht immer nur Zugeständnisse machen könne, sondern auch im Gegenzug etwas erhalten müsse. Fast

Neu: Klimaschutz zum Verschicken!



Drei Motive - eine Aussage: Der Norden darf den Süden den Klimawandel nicht alleine ausbaden lassen! Die neuen, von jungen Künstler/innen exklusiv für die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch gestalteten Postkarten begleiten ab sofort die "Klima-AUSBADE-Kampagne".



Derzeit liegen sie kostenlos in Kneipen und Cafés (in Berlin, Bonn, Münster, Dresden etc) aus. Wer die Klima-Postkarten nicht suchen, sondern sofort haben will,



kann sie bestellen bei Germanwatch, Kaiserstr. 201, 53113 Bonn oder online unter www.klimaausbadekampagne.de



schon zynisch klingt die wortwörtliche Äußerung eines Vertreters der deutschen Delegation, dass die Entwicklungsländer, wenn sie etwas bekommen möchten, auch Federn lassen müssen. Der dann am vorletzten Tag der Konferenz herausgegebene Entwurf der Abschlusserklärung war so einseitig auf die Industrieländerinteressen ausgerichtet, dass er dem offiziellen Anspruch einer Entwicklungsagenda in alle wichtigen Punkten entgegenstand.

Kampagnenvertreter forderten Verbraucherministerin Künast auf, sich dafür zu rechtfertigen, wie sie als Vertreterin der Bundesregierung diesen Entwurf mittragen kann, der in zentralen Punkten in einem eklatanten Widerspruch zu den Bundestagsbeschlüssen steht und diesen schlichtweg übergeht. Die Antwort fiel mehr als unbefriedigend aus: Künast bezog sich auf die internationalen Verhandlungszwänge, denen sie untergeordnet sei. Damit ist wieder einmal gezeigt, dass die demokratischen Kontrollmöglichkeiten bei den WTO-Verhandlungen außerordentlich spärlich sind.

Greenrooms als Pokerstube

Verhandlungen hinter verschlossenen Türen fanden auch in Cancún wieder statt. Die sogenannten Greenrooms befassten sich v.a. mit den heißen Themen Landwirtschaft und Investitionen. Zudem wurden die Länder, die Teil der neuen Entwicklungsländer-Allianz G21-plus waren, einzeln zu den stärksten Verhandlungsführern wie USA und EU vorgeladen. In eindringlichen Gesprächen sollten sie überzeugt werden, den gemeinsamen Kurs zu verlassen. Der Leiter der Investitionsarbeitsgruppe, Pettigrew, hatte nach Informationen des Third World Network sogar den offiziellen Auftrag, die Entwicklungsländerallianz zu spalten. Das vorzeitige Ende der Konferenz zeigte aber, dass das Gegenteil der Fall war. Die Entwicklungsländer sind ihren Allianzen treu geblieben und haben gezeigt, dass sie dem Druck der Industrieländer standhalten können. Die WTO sieht für die Verhandlungen ein Konsensverfahren vor. Bislang wurde das so ausgefüllt, dass so lange verhandelt wurde, bis auch die

letzten Entwicklungsländer sich dem vorliegenden Entwurf unterordneten ohne vorher erheblich auf diesen Einfluss nehmen zu können. Diesmal haben die Entwicklungsländer – allen voran Botswana – aber rechtzeitig die Notbremse gezogen: Sie haben der Textvorlage über die Aufnahme von Verhandlungen zu den für sie sehr problematischen neuen Themen (Investitionen, Wettbewerb, öffentliches Beschaffungswesen und Handelserleichterung) weder in der Paketlösung noch in der auf zwei Themen reduzierten Form zugestimmt.

Die Welthandelskampagne wird mit kritischen Informationen, Vorträgen und Aktionen für eine gerechte Welthandelsordnung streiten. Weitere Informationen unter www.gerechtigkeit-jetzt.de; Tel: 0228-3681010; info@gerechtigkeit-jetzt.de

Antje Schultheis

Die Autorin ist Koordinatorin von Gerechtigkeit jetzt!
Die Welthandelskampagne

Etappensieg in Cancún

Einwände gegen das Investitionsabkommen tragen zum Scheitern der Konferenz bei

In Cancún zeigte sich, dass der Widerstand der Entwicklungsländer gegen ein WTO-Investitionsabkommen mehr war als „Taktik“. Die WTO-Ministerkonferenz scheiterte unter anderem an den Plänen für und Einwänden gegen ein WTO-Investitionsabkommen. Das ist gut so, aber es bleibt noch viel zu tun

Wenn man Herrn Clement oder seinen Staatssekretär Tacke reden hört, so fragt man sich, wie heutzutage überhaupt irgendwer irgendwo investieren kann. Denn Hinweise, dass sich in Cancún immerhin 71 Entwicklungsländer bereits am 2. Tag der Verhandlungen klar und eindeutig gegen ein WTO Investitionsabkommen positioniert hatten, wurden von Ihnen lediglich als „Taktik“ abgetan. Sie verwiesen Kritiker darauf, dass Entwicklungsländer nun mal Auslandsdirektinvestitionen brauchten. Also, so die

beiden Herren, benötigten sie auch dringend ein WTO-Investitionsabkommen. Herr Clement und Herr Tacke wussten offensichtlich besser als alle anderen, was für Entwicklungsländer gut ist. Doch erlitten sie mit dieser arroganten Haltung Schiffbruch. Die Entwicklungsländer machten der Taktik von Clement und Tacke einen Strich durch die Rechnung - denn sie meinten ihre Einwände gegen ein WTO-Investitionsabkommen bitter Ernst.

Entwicklungspolitische und ökologische Auflagen

Auslandsdirektinvestitionen können in der Tat sinnvoll sein. Aber nur wenn sie die nationale Entwicklungsstrategie eines Landes unterstützen und ökologisch keinen Schaden anrichten. Genau dies, entwicklungspolitische und ökologische Auflagen zu machen, würde ein WTO Investitionsabkommen aber gefährden. Das liegt an der Grundlogik der WTO, nach

der alle Konzerne gleich sein müssen. Dies bedeutet in der Praxis, dass es z.B. unmöglich ist, Firmen zu zwingen, einen Teil eines an einem Ort erwirtschafteten Profits auch wieder vor Ort zu investieren. Das zeigt das 1998 am Widerstand der globalen Zivilgesellschaft gescheiterte Multilaterale Abkommen zu Investitionen (MAI), das weitreichende Klagen gegen Gesetze ermöglicht hätte.

Das belegen auch die schon existierenden Investitionsabkommen, wie Teile des nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA. Wollen wir eine Welt, in der sich Länder nicht mehr trauen z.B. ein Naturschutzgebiet auszuweisen oder planerische Auflagen für industrielle Anlagen zu machen, weil sie Angst haben wegen „indirekter Enteignung“ verklagt zu werden? Das Beispiel ist nicht erfunden. Die US-amerikanische Firma Metaclad hat Mexiko in der Tat unter NAFTA verklagt, nachdem die Ausweisung eines Naturschutzgebietes sowie planerische



Auflagen bedeuteten, dass sie eine Sondermüllanlage nicht wie geplant bauen konnten ...

BMWA weist Einwände zurück

Einwände wie diese, versucht das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) gerne wegzuwischen mit dem Argument, dass ein WTO-Investitionsabkommen immer noch besser sei, als ein Strauss von bilateralen Investitionsabkommen. Da fragt man sich aber, warum die Bundesrepublik trotzdem sehr intensive an bilateralen Investitionsabkommen arbeitet – und immerhin schon 130 abgeschlossen hat. Und gilt dieses "bilateral ist schlimmer als multilateral" nur, wenn bilaterale Abkommen auf noch extremere Weise den Machtunterschied zwischen den Verhandlungspartnern zum Ausdruck bringen, als dies in der WTO der Fall ist? In Cancún hat aber gerade die EU versucht, ihre Macht aggressiv und rücksichtslos pro einem Investitionsabkommen einzusetzen. Auch dies provozierte das klare Nein einer so breiten Zahl an Entwicklungsländer. Das Nein war auch eine Absage an eine extreme Vermachtung der WTO, pro Industrieländer. Und zumindest einige Repräsentanten der Entwicklungsländer meinten zum Ende von Cancún, dass Ihnen die Tatsache, dass sie hart geblieben sind, auch bei zukünftigen bilateralen Verhandlungen durchaus helfen wird. Sie haben gezeigt, dass ihre Zustimmung an Konditionen geknüpft ist. Das kann nur gut sein.

Schließlich: wenn die Regeln, die vereinbart werden, schlechte sind, die z.B. Umweltgesetze untergraben, dann sind multilaterale Regeln eben nicht besser. Dann gefährden multilaterale Regeln im Gegenteil Umweltgesetze in vielen Ländern – während es bilaterale nur in ein oder zwei tun.

Widerstand war mehr als Taktik

Zum Schluss der Verhandlungen mussten EU und BMWA zugeben, dass der Widerstand der Entwicklungsländer gegen ein WTO-Investitionsabkommen doch mehr war als "Taktik". Die Regierungen meinten das, was sie am 11. September gesagt hatten - dass sie Angst vor den Auswirkungen auf nationale Gesetze hatten -Ernst. Am 14. September - in den letzten Stunden der Verhandlungen - änderte die EU also hektisch das Mandat

von EU Handelskommissar Pascal Lamy und opferten das Thema Investitionen. Dieser Schachzug kam zu spät. Die Taktik von Lamy und Clement, möglichst lange beim Investitionsthema hart zu bleiben, um damit z.B. auch im Landwirtschaftsbereich Konzessionen der anderen zu erreichen, war spektakulär gescheitert. In zukünftigen Verhandlungssituationen wird es Lamy dementsprechend schwer fallen, auf dem Investitionsthema weiter zu insistieren.

Cancún ermöglicht also die Chance, ein Investitionsabkommen auf absehbare Zeit von der Agenda der WTO zu halten. Allerdings besteht die Gefahr, dass Elemente eines Investitionsabkommen an andere Stelle in der WTO (z.B. bei den GATS und TRIMS Abkommen) untergebracht werden. Und es besteht auch kein Zweifel, dass es weitere regionale und bilaterale Investitionsabkommen geben wird. Im November steht z.B. der Gipfel der Free Trade Area of the Americas in Miami ins Haus. NGOs werden also weiter alle Hände voll zu tun haben um eine Aushöhlung von Sozial- und Umweltgesetzgebungen im Namen des "Investorenschutzes" zu verhindern.

Soziale und ökologische Ziele für Konzerne nötig

Auch außer Zweifel steht, dass es in einer immer globaleren Wirtschaft dringend globaler Rahmenbedingungen für Investoren braucht. Deswegen ist es höchste Zeit, dass der vom Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung 2002 erteilte Auftrag, soziale und ökologische Pflichten für Konzerne auf globaler Ebene zu formulieren in die Tat umgesetzt wird. In Cancún konnte verhindert werden, dass Konzerne weitere Macht zugesprochen bekommen. Damit ist schlimmeres verhindert - aber noch kein Problem gelöst. Verhandlungen für eine Konvention zur internationalen Unternehmensverantwortung (inklusive Haftung) müssen sofort beginnen. Wieso, fragt man sich, setzen sich die Herren Clement und Tacke nicht einmal dafür ein?

Daniel Mittler

Der Autor ist Referent für internationale Umweltpolitik des BUND und Mitglied im Leitungskreis des Forum Umwelt und Entwicklung.

Sein "Cancún-Tagebuch" steht unter www.econautix.de, weitere Informationen zum Thema WTO-Investitionsabkommen unter www.bund.net/Cancun

Die EU verteilt pro Jahr 86,8 Milliarden US-Dollar an ihre Bauern Wie könnte man das Geld anders verwenden?

Tilgung von 10% der Auslandsschulden aller Afrikanischen Länder:

Kosten: 30 Mrd. US-Dollar

Reduzierung der weltweiten Kindersterblichkeit um zwei Drittel:

Kosten: 20 Mrd. US-Dollar

Weltweite Bildung erreichen:

Kosten: 10 Mrd. US-Dollar

HIV/Aids-Prävention, Behandlung und Unterstützung für ein Jahr in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen:

Kosten: 7 Mrd. US-Dollar

Entschärfung aller Landminen in stark betroffenen Ländern in Südostasien

Kosten: 5,5 Mrd. US-Dollar

Gewährleistung von allgemeinem Zugang zu Wasserversorgung und Entsorgung

Kosten: 5 Mrd. US-Dollar

Kauf eines langlebigen Moskitonetzes für jeden Bewohner Afrikas südlich der Sahara

Kosten: 3,4 Mrd. US-Dollar

Verdoppelung der jährlichen Auslandsdirektinvestitionen in die 49 am wenigsten entwickelten Länder

Kosten: 2,7 Mrd. US-Dollar

Ausrottung von Kinderlähmung, die sich jetzt auf Teile des Südlichen Afrika und Südasien konzentriert

Kosten: 1 Mrd. US-Dollar

Finanzierung des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes für ein Jahr

Kosten: 0,6 Mrd. US-Dollar

Bezahlung der TB-Kontrolle in den 22 schwer belasteten Ländern

Kosten: 0,5 Mrd. US-Dollar

Summe:

85,7 Mrd. US-Dollar

Übrig bleiben

1,1 Mrd. US-Dollar Kleingeld



Die WTO - eine vordemokratische Organisation

»Die WTO ist eine mittelalterliche Organisation, deren Entscheidungsstrukturen dringend überholt werden müssen.« Es war EU-Handelskommissar Pascal Lamy, der diese deutlichen Worte am Ende der gescheiterten WTO-Konferenz in Cancún fand - und explizit darauf hinwies, dass er genau dasselbe bereits am Ende der gescheiterten Ministerkonferenz in Seattle 1999 gesagt habe. Da fragt man sich natürlich, was hat Lamy in den letzten 4 Jahren getan, um die WTO aus dem Mittelalter zu holen?

Die Antwort darauf ist relativ einfach: Nichts. Die intransparenten Entscheidungsstrukturen der WTO stammen schliesslich nicht aus dem Mittelalter - die WTO besteht erst seit 1995 - sondern haben zumindest bis jetzt erheblich dazu beigetragen, dass die reichen Industrieländer ihre Interessen in der WTO so gut durchsetzen konnten. Cancún scheiterte nicht nur an den unüberwindlichen inhaltlichen Differenzen zwischen Nord und Süd, sondern auch an der extrem undurchsichtigen und fundamental undemokratischen Arbeitsweise der WTO. Es ist daher auch eine Chance zur Demokratisierung dieser Entscheidungsstrukturen, dass die Entwicklungsländer diese Zustände nicht mehr hinnehmen.

Theoretisches Konsensverfahren

Theoretisch arbeitet die WTO nach dem Konsensverfahren, womit eigentlich sichergestellt sein sollte, dass kein Land seine Interessen nicht wahren kann. Die Tatsache, dass bei der 4. Ministerkonferenz in Doha 2001 auf Bestehen einiger Entwicklungsländer die Aufnahme von Verhandlungen über die »neuen Themen« (Singapore Issues) an die Bedingung eines »expliziten Konsens« gebunden wurde, zeigt allerdings, dass Konsens nicht immer gleich Konsens ist.

Oft genug war der »Konsens« in der Vergangenheit in der WTO und seiner Vorläuferorganisation GATT nämlich nicht viel mehr als ein verkündeter Konsens zwischen der sogenannten »Quad« (EU, USA, Japan, Kanada), entstanden in undurchsichtigen informellen Treffen, zu denen selektiv eingeladen wurde und zu denen die Mehrheit der WTO-Mitgliedsstaaten keinen Zutritt hatte. Faktisch sind die meisten Entwicklungsländer auch da-

durch von den Verhandlungen ausgeschlossen, dass sie gar nicht die Kapazitäten haben, einer Vielzahl von Sitzungen beizuwohnen und tatsächlich zu verstehen, was dort verhandelt wird. Sie werden dann mit vollendeten Tatsachen konfrontiert, denen zu widersprechen aussenpolitisch meist nicht ratsam ist.

Schockierende Intransparenz

Verglichen mit UN-Konferenzen, sind WTO-Konferenzen geradezu schockierend intransparent. Auch als akkreditierter Beobachter hat man zu keinerlei Sitzungen Zutritt, nicht einmal zu den Korridoren vor den Sitzungsräumen. Kontakt zu Verhandlungsdelegationen kann man nur aufnehmen, wenn man deren Handynummern kennt oder diese sich dazu bequemen, einmal die »restricted areas« zu verlassen, die sogar über eigene Eingänge verfügen. Da muss man dann eben Delegationsmitglied sein, so wie der BDI, um Einfluss zu nehmen, da hat man dann solche Probleme nicht.

Wie dann Beschlusstexte zustandekommen, bleibt aber selbst Delegierten meist ein Rätsel. Richtig gewählt wurde in Cancún keine einzige Person, die Entscheidungen zu treffen hatte. Konferenzpräsident war qua Amt der mexikanische Handelsminister Derbez. Dieser ernannte aus eigener Machtvollkommenheit 5 sogenannte »facilitators«, die in theoretisch für alle offenen Arbeitsgruppen über die einzelnen Themen sprachen. Rein zufällig standen diese Leute weitgehend den Positionen der Industrieländer recht nahe. Wenn etwa der kanadische Handelsminister Pettigrew vor Cancún erklärt, ein WTO-Investitionsabkommen sei zentrale Priorität seiner Regierung und dann als facilitator für dieses Thema benannt wird, braucht man sich nicht zu wundern, wenn in seinem Beschlussvorschlag die Ablehnung von 90 Entwicklungsländern gegen ein solches Abkommen souverän ignoriert wird. Am wichtigsten waren aber die bilateralen Sondierungen dieser facilitators. Aus diesen Konsultationen entstand dann ein Textentwurf, der in einer gemeinsamen Stellungnahme von über 100 NGOs nur noch sarkastisch unter der Überschrift »Who wrote this text?« kommentiert wurde: »It is a mystery how drafts are produced, who writes them and whether delegations can exercise their rights to revise drafts. This is the most undemocratic aspect of the WTO and highlights the institution's legitimacy crisis.«,

so die NGO-Erklärung. Man kann sich eigentlich nur wundern, dass sich die Entwicklungsländer diese Form von Machtpolitik in der WTO überhaupt so lange gefallen liessen. Allerdings lässt die Verwunderung etwas nach, wenn man näher hinsieht und zur Kenntnis nimmt, mit welchen Methoden einige Industrieländer diesen »Konsens« herzustellen bereit sind.

Druck auf Entwicklungsländer

Dazu gehört notfalls auch direkter Druck auf einige besonders renitente Entwicklungsländer oder deren Chefunterhändler. Wenige Tage vor Cancún publizierte der Londoner Sunday Telegraph einen grossen Artikel über den ehemaligen WTO-Botschafter der Dominikanischen Republik, Federico Cuello. Letztes Jahr wurde er auf Betreiben der USA abgesetzt. Wer hinter dieser Aussage Cuellos eine Verschwörungstheorie vermutet, macht es sich allerdings zu einfach - das US-Handelsministerium erklärte auf seiner Internetseite unverblümt selbst, dass Cuello auf Betreiben der USA abgesetzt worden sei.

»Oberflächlich betrachtet sieht die WTO sehr freundlich aus. Wenn Sie die zeremoniellen Bilder sehen und die Sitzungsprotokolle, sehen Sie nicht die Erpressungen und Drohungen hinter verschlossenen Türen. Aber kleine Länder wie meines werden regelmässig dazu gezwungen, Ergebnisse von Verhandlungen zu akzeptieren, von denen wir absichtlich ausgeschlossen werden.«, so Cuello im Sunday Telegraph. »Meiner Regierung, sogar meinem Präsidenten wurde gesagt, wenn wir überhaupt irgend etwas in die USA exportieren wollen, brauchen wir einen gefügigen WTO-Botschafter. Dass wir laut WTO-Verträgen das Recht auf Marktzugang haben, spielte dabei überhaupt keine Rolle.«, so Cuello.

Cuello ist aber kein Einzelfall. Während Cancún wurde der ugandische Chefunterhändler auf Betreiben der USA abgesetzt - seiner Regierung wurde bedeutet, dass sie ihre präferentiellen Marktzugänge in die USA nach dem »African Growth and Opportunity Act« verlieren können. Schliesslich steht dort explizit, dass solche Länder nicht die ausserpolitischen Interessen der USA verletzen dürfen.

Auch die EU weiss, wie sie ihre Interessen auch gegen massive Widerstände durchsetzen kann, auch wenn sie dies



nicht schamlos im Internet verkünden würde. Die AKP-Staaten wurden von der EU vor der Doha-Konferenz solange hingehalten, die WTO-Genehmigung für das neue Cotonou-Präferenzabkommen zu bekommen, bis sie schliesslich ihren Widerstand gegen die Ausweitung der WTO-Kompetenzen durch Aufnahme von Verhandlungen über die »Singapur-Themen« aufgegeben hatten.

Einen Tag vor dem Beginn der Konferenz präsentierte Aileen Kwa von der Bangkok NGO Focus on the Global South in Cancún ihr Buch »Behind the Scenes at the WTO: the Real World of International Trade Negotiations« (Zed Books, London, £12.99). Das Buch ist eine umfassende Dokumentation von Schwarzen Listen über unkooperative Botschafter, Drohbriefen, Anreizen zur Hinnahme bestimmter Deals und einem alles andere als neutralen WTO-Sekretariat. Für ihr Buch hatte Kwa und ihre Mitautorin Fatoumata Jawara zahlreiche aktive und frühere Mitglieder von Verhandlungsdelegationen und des WTO-Sekretariats interviewt.

Brechen neue Zeiten an?

Doch die Zeiten beginnen sich zu ändern. Mitglieder der brasilianischen Delegation berichteten, Bush habe Präsident Lula während Cancún 4mal angerufen, dass Brasilien doch seine aus US-Sicht unkooperative Politik ändern solle – erfolglos. Der Handelsminister Indiens liess sich nicht mehr erpressen, sondern lud stattdessen zu einem grossen Briefing für NGOs und die Presse ein, in dem er die »neue Allianz« zwischen den Entwicklungsländern und den NGOs hochleben liess, die unverzichtbar sei, wenn die WTO endlich den Interessen der breiten Mehrheit der Menschheit dienen soll. Der harte Kern der neuen G-22-Gruppierung – Brasilien, Indien und das inzwischen ebenfalls der WTO beigetretene China – geben schwächeren Entwicklungsländern die Rückendeckung, sich ebenfalls sogenannten »Konsensen« zu verweigern, die nicht in ihren Interessen liegen.

Malaysias Premier Mahathir Mohamad erklärte nach Cancún, schwächere Länder würden nun unter »enormen Druck« der industriestaaten geraten. »Some countries will be threatened after this with sanctions or with deprivation of aid or forcing them to pay back to loans or not to give loans and all those kinds of things,«, erklärte er bei einer Pressekonferenz. »I am quite sure tremendous pressure will be brought to bear on the group

of developing countries which have made a stand.« In der Tat war die dieser sogenannten G-22-Gruppe in Cancún am häufigsten gestellte Frage nicht, ob ihre Forderungen berechtigt seien, sondern ob sie diesen Kurs durchhalten können.

Aber auch innerhalb der Industrieländer beginnen sich die Zeiten zu ändern. Handelspolitik war noch bis vor kurzem die exklusive Domäne einer abgeschotteten Beamtenelite, die von den Parlamenten unbeachtet von der Gesellschaft brav abgenickt wurden. Im Bundestag gab es 1994 keine nennenswerte Debatte, als die WTO-Verträge mit breiter Mehrheit ratifiziert wurden. Die massive Ausweitung der WTO-Kompetenzen, die tief in das politische und gesellschaftliche Leben eingreifen, haben jedoch das enorme Demokratiedefizit der Handelspolitik ans Tageslicht geholt. Der Reformbedarf der WTO beginnt in der Innenpolitik.

Als Wirtschafts-Staatskretär Alfred Tacke, der faktisch der Chef der deutschen Delegation war, beim Abschluss-Briefing in Cancún für die deutschen NGOs ausführte, wie schwierig ein Neuanfang nach Cancún werde, verwies er auch darauf, wie schwierig es für den US-Handelsbeauftragten Zoellick gewesen sei, vom US-Kongress überhaupt ein Verhandlungsmandat zu bekommen. Dabei fiel ihm wohl nicht auf, dass er selbst solche Probleme nicht hat. Das europäische Verhandlungsmandat entsteht nämlich faktisch ohne jede parlamentarische Beteiligung. Europäische Parlamentarier können von einer dem US-Kongress vergleichbaren Rolle nur träumen.

Im Bundestag wurde immerhin im Juli ein Antrag (Drs. 15/550; Drs. 15/1317) beschlossen, der dem Wirtschaftsminister eine Reihe von Aufträgen geben wurde, z.B. »in der EU anzuregen, die Verhandlung neuer Themen wie der „Singapur-Themen“ Wettbewerb, Investitionsschutz, Transparenz im öffentlichen Auftragswesen erst dann aufzunehmen, wenn in den laufenden Verhandlungen substantielle Ergebnisse im Sinne einer Entwicklungsrunde erreicht sind«. Dies wurde von der Regierungsdelegation souverän ignoriert - unter anderem mit dem Hinweis darauf, dass das EU-Verhandlungsmandat doch längst beschlossen sei.

Rolle der deutschen Regierung

Auch wenn man dem Bundestag sicherlich vorwerfen muss, dass er seine Beschlüsse etwas spät gefasst hat – das gibt der Regierung noch lange nicht das Recht, das Parlament einfach zu ignorie-

ren. Für das Wirtschaftsministerium gab es in Cancún jedoch – im Gegensatz zum Bundestagsmandat – nichts, für das sie sich mit grösserer Vehemenz eingesetzt hatten als die »Singapur-Themen«. Als die deutschen NRO in Cancún die 16 anwesenden Bundestagsabgeordneten zu einem Treffen einluden, kamen immerhin 15 von ihnen. Abgesehen von der FDP trat parteiübergreifend erhebliche Unzufriedenheit bei den Parlamentariern zutage. Viele verglichen ihre Rolle mit den NRO – obwohl Delegationsmitglieder, fühlten sie sich wenig informiert und noch weniger in die Entscheidungsprozesse einbezogen. Zudem fällt manchen im Wirtschaftsministerium es wohl immer noch nicht schwer zu akzeptieren, nicht mehr alleine die Handelspolitik zu bestimmen – beim ersten NGO-Briefing fehlte das Umweltministerium, dessen Vertretern gesagt wurde, es handle sich um ein Briefing »des Wirtschaftsministeriums«.

EU trägt zu Intransparenz bei

Aber auch die nationalen Wirtschafts- und Handelsministerien haben innerhalb der EU nur noch begrenzten Einfluss. Symptomatisch dafür war das berühmte »EU-Papier vom 2. September«, in dem die EU-Kommission ihre Änderungswünsche an dem vor der Konferenz vorliegenden Entwurf des Beschlusstextes darlegte. Die gingen pikanterweise allen öffentlichen Bekundungen von einer »Entwicklungsrunde« zum Trotz in genau die entgegengesetzte Richtung. Danach gefragt, musste die deutsche Delegation bei einem Briefing mit den NRO am 12. September zugeben, das Papier nicht zu kennen. Es war aus Versehen an die Öffentlichkeit gelangt und zu diesem Zeitpunkt sogar bereits seit Tagen auf der Internetseite www.ictsd.org nachzulesen.

Solange jedoch die Beratungen der Kommission mit den Mitgliedsstaaten über die EU-Handelspolitik in dem hinter verschlossenen Türen tagenden sogenannten 133er-Ausschuss stattfindet, ist diese Intransparenz im System angelegt. Die wichtigsten Informationen erhält man so nicht auf reguläre Weise, sondern durch Indiskretionen. Selbst überzeugte Pro-Europäer kamen in Cancún ins Grübeln angesichts der weitgehend autonomen Politik der EU-Kommission. Aber wieviel davon echte autonome Politik ist und wieviel davon mit den einflussreichsten Beamten der Mitgliedsstaaten wirklich abgestimmt ist, das können wir nur vermuten – hinter die verschlossenen Türen des EU-Rats und des 133er-Aus-



schusses sehen wir nicht, und da eignet sich die Kommission dann auch als bequemer Sündenbock, um von der eigenen Politik abzulehnen.

„Letztlich ist es sehr enttäuschend, wie wenig Einfluss die deutsche Delegation auf den Verhandlungsprozess genommen hat, bzw. nehmen konnte. Das Verhandlungsmandat der EU muss für eine eventuelle Folgekonferenz unbedingt nachgebessert werden, damit die Doha-Runde doch noch zu einem erfolgreichen Abschluss bis 2005 kommen kann,“ so der SPD-Abgeordnete Sascha Raabe in einer Presseerklärung. Da die WTO und die Handelspolitik inzwischen derart tief in die wirtschaftliche und politische Verfassung der Länder eingreift, muss sie einem radikalen Demokratisierungsprozess unterzogen werden. Es geht nicht an, dass in EU und WTO weniger Demokratie praktiziert wird als in den Mitgliedsstaaten.

Der erste Schritt dazu beginnt in den Mitgliedsstaaten. Der Bundestag muss durchsetzen, dass die Verhandlungslinie der Regierung grundsätzlich bereits vor den EU-Beratungen parlamentarisch und gesellschaftlich diskutiert wird. Wenn sich der Bundestag mit weniger Demokratie als der US-Kongress zufriedengibt, versagt er als Volksvertretung. In der EU müssen die Beratungen im Rat und anderen Gremien grundsätzlich öffentlich sein. Nur wenn deutlich wird, wie ein Land in der EU agiert, können Parlamente und Öffentlichkeit überprüfen, ob die erteilten Mandate eingehalten wurden. Wir haben ein Recht darauf, zu erfahren, was die Bundesregierung in den Meinungsbildungsprozess einbringt.

In der WTO darf es keine Verhandlungen hinter verschlossenen Türen geben. »Green Rooms« und andere durch nichts legitimierte informelle Treffen der Mächti-

gen haben in einem demokratischen Meinungsbildungsprozess keinen Platz. Chefunterhändler derjenigen Regierungen, die andere Staaten zu erpressen versuchen, müssen automatisch von den Verhandlungen disqualifiziert werden - dies ist nichts anderes als die internationale Variante des Straftatbestands der Nötigung von Verfassungsorganen.

Ohne solche Reformen in Richtung Demokratisierung und mehr Transparenz hat die WTO keine Zukunft. Die Völker leben im Gegensatz zur WTO, um mit Lamy zu sprechen, nicht mehr im Mittelalter, sondern beanspruchen ihr demokratisches Recht, über die Handels- und Wirtschaftspolitik selbst zu befinden.

Jürgen Maier

Der Autor ist Geschäftsführer beim Forum Umwelt und Entwicklung

Friedenspflicht im Agrarvertrag der WTO

*Ein Frieden, der erst dadurch nützlich wird, dass er ausläuft*¹

Der Artikel 13 des Agrarabkommens der WTO legt fest, dass die Mitgliedsländer „während des Durchführungszeitraums“ des Vertrags keine Maßnahmen ergreifen dürfen, um sich vor Auswirkungen von Subventionen anderer Vertragsstaaten zu schützen, solange die Subventionen „vertragskonform“ sind; sie dürfen auch keine Klage beim WTO-Schiedsgericht erheben.

Der Schutz könnte z.B. passieren durch Ausgleichszölle, andere Ausgleichsmaßnahmen, Antidumpingverfahren, Klagen wegen „Schmälerung von Zugeständnissen“ oder durch das Einreichen von anderen Klagen beim WTO-Schiedsgerichtsverfahren. Das gilt selbst dann, wenn ein Land sich massiv von den Subventionen eines anderen Landes geschädigt fühlen würde. Selbst der Beweis über diese Schädigung ist nutzlos. Das nennt man in der WTO-Verhandlungssprache: die Friedensklausel.

Schädigung von Entwicklungsländern

Diese Regelung hat in den letzten 8 Jahren verhindert, dass WTO-Mitgliedsländer gegen die EU Agrarpolitik angegangen sind. Es gab viele konkrete Fälle, in denen Entwicklungsländer massiv ge-

schädigt wurden z.B. durch Exportsubventionen oder Markt Zugangsbeschränkungen der EU-Agrarpolitik. Doch sie konnten nichts machen, denn der Vertrag lässt zu, dass die EU immerhin noch die erhebliche Summe von 61 Mrd. EURO Unterstützung ihrer Landwirtschaft - ganz legal - zuführen darf, egal wie viel Schaden sie dadurch zufällig oder sogar planmäßig anderen Ländern zufügt. Der Artikel hat vor allem diejenigen Agrarsubventionen der EU vor Anfechtungen geschützt, die angeblich „handelsneutrale“ Wirkungen haben und deshalb von allen Abbaupflichtungen ausgenommen wurden.

Auslaufen der Friedensklausel

Die Friedensklausel wird Ende 2003 auslaufen. Die Annahme, dass die Verhandlungsgegner der EU, ihrer Verbündeten und der USA bei den WTO-Agrarverhandlungen einer automatischen Verlängerung zustimmen, ist äußerst unrealistisch. Es ist davon auszugehen, dass eine ganze Reihe von Streitfällen und Anfechtungsmaßnahmen kurz nach dem Auslaufen der Friedenspflicht anhängig werden. Einige sind schon in der Pipeline, wie z.B. die Klage Brasiliens gegen die EU-Zuckerexporte, die der Sahel-Länder gegen die Baumwollsubventionen der USA und der EU. Für die EU (und andere

OECD-Länder) sind diese Verfahren und andere Gegenmaßnahmen extrem unerwünscht. Sie würden massiv in den WTO-Verhandlungsprozess, die nationalen Agrarreformprozesse, die Aufrechterhaltung des WTO-Ordnungsrahmens und den störungsfreien Ablauf ihrer Agrarwirtschaft eingreifen.

Schaden für die EU

Auch wenn damit zu rechnen ist, dass am Ende der Doha-Runde wieder eine ähnliche Klausel in den neuen Vertrag aufgenommen wird, kann in der Zwischenzeit für die EU ein großer politischer „Schaden“ auftreten, der Einfluss auf das Endergebnis haben wird. Das Drohpotential der Entwicklungsländer und der Cairns-Länder (Agrarexportnationen, unter Führung Australiens) ist erheblich. Die EU kann kaum auf Verzögerungstaktik setzen, denn beschleunigte Schiedsverfahren - selbst wenn die EU in Berufung gehen würde - können innerhalb von 1 1/2 bis 2 Jahren zum Abschluss kommen, also womöglich noch vor dem Ende der Doha-Runde.

Besonders die Entwicklungsländer haben selbst nichts durch die Friedensklausel zu verteidigen. Sie können kein Interesse an einer Verlängerung der Friedensklausel haben. Es sei denn, die EU ist bereit, ihnen etwas anderes dafür anzubie-



ten. Das Auslaufen der Friedensklausel ist ein starkes Faustpfand, das die Entwicklungsländer in den Verhandlungen gegen die Industrieländer einbringen können. Sie sollten es nutzen.

Pro-aktive Vorgehensweise

Gleichzeitig ist im Interesse der EU das Drohpotential aus den Verhandlungen selbst herauszuhalten. Deshalb wäre die EU (zusammen mit einigen anderen OECD-Staaten) gut beraten, pro-aktiv mit der Problematik umgehen und einen konstruktiven Vorschlag für die Übergangsperiode zu unterbreiten, der den Interessen der Entwicklungsländern entgegenkommt. Zu unterscheiden ist dabei: das Recht der anderen Länder auf eine WTO-Klage und das Recht auf defensive Gegenmaßnahmen im eigenen Land. Das zweite Recht ist politisch für die Industrieländer leichter zu gewähren als das erste Recht.

Um also die Verhandlungen von WTO-Klagen frei zu halten, wäre ein Entgegenkommen der EU bei dem Zugangsrecht der Entwicklungsländer zu Countervailing Measures (Ausgleichszölle) strategisch klug. Bei Ausgleichszöllen handelt es sich um besondere Schutzzölle, die ein Land gezielt gegen die Waren eines bestimmten anderen Landes erheben darf, das seinen exportierenden Sektor massiv subventioniert und dadurch dem Importland Schaden zufügt. Für die Entwicklungsländer ist die Erhebung von Ausgleichszöllen sehr viel sinnvoller, als bei der WTO zu klagen, weil die Klagen ein risikoreicher, aufwendiger Prozess sind und der Effekt ihres Ausgangs fraglich ist. Bei Ausgleichszöllen dagegen fahren die Entwicklungsländer unmittelbare Wirkungen ein: der Schutz ihrer Landwirtschaft und die abgeschöpften Subventionsbeträge durch eigene Zolleinnahmen. Die WTO-Regeln über die Erhebung von Ausgleichszöllen haben aber einen Haken: Man darf sich des Instruments nur bedienen, wenn man 1.) nachweisen kann, dass die Exporte des anderen Landes bei dieser Ware subventioniert sind, 2.) dass die eigene Produktion dieser Ware geschädigt ist und 3.) dass die eigenen Subventionen des Anderen in einem kausalen Verhältnis zueinander stehen.

Defensives Interesse der Entwicklungsländer

Vorrangiges strategisches Ziel der Entwicklungsländer (in ihrer eigenen Agrarpolitik und in den WTO-Agrarverhand-

lungen) ist zunehmend ihr defensives Interesse, d.h. der Schutz ihrer eignen Landwirtschaft und Ernährungssicherheit vor Billigimporten. Größtes Hindernis für sie wird auch nach dem Auslaufen der Friedenspflicht sein, den Nachweis einer (drohenden) Schädigung zu erbringen und zu beweisen, dass ein ursächlicher Zusammenhang besteht zwischen dem Ruin ihrer Landwirtschaft und den Subventionsmaßnahmen in einem der reichen Länder. Deshalb sollte das Auslaufen der Friedenspflicht gekoppelt werden mit einem leichteren Zugangsrecht der Entwicklungsländer zu diesen Ausgleichszöllen, d.h. vor allem eine Lockerung der Nachweislasten. Um das zu erreichen, könnten die Entwicklungsländern der EU und einige andere OECD-Länder vorschlagen, dass sie im Gegenzug dafür einstweilen keine Klagen bei der WTO einreichen werden.

Da die EU kein Interesse daran haben kann, dass ihre Agrarpolitik im größeren Stil einer Überprüfung durch das WTO-Schiedsverfahren ausgesetzt wird, kann sie dafür ruhig den Preis bezahlen, indem sie den Entwicklungsländern bei den Ausgleichszöllen entgegenkommt: Sie müsste ihnen die Lockerung der Nachweispflicht anbieten.

Ausnahmen für Entwicklungsländer

Die Lockerung der Nachweispflicht für Entwicklungsländer ließe sich am einfachsten durch einen Waiver (Ausnahmegenehmigung) herstellen. Die Verpflichtung, einen Waiver mit „außergewöhnlichen Gründen“ zu rechtfertigen, kann mit dem Verweis auf das Auslaufen der Friedenspflicht und die zeitliche Überbrückung bis zum Abschluss der Verhandlungen der Doha-Runde eingelöst werden. Ein Waiver nach Artikel IX, Abs. 3 und 4 des Übereinkommens zur WTO kann verabschiedet werden auf der Grundlage einer reinen Konsensentscheidung, d.h. wenn keine ausdrücklichen Gegenstimmen vorliegen. Nach GATT Artikel XXV Abs. 5 ist eine 2/3 Mehrheit (bei einem 50 % Quorum aller Mitglieder) nötig. Dazu wäre die Ministerratstagung von Cancún ein geeigneter Ort, zumal das Thema gegen den Widerstand der EU und der USA sowieso auf die Tagesordnung kommt: Der Vorsitzende der Agrarverhandlungen, Direktor Stuart Harbinson, hat den Hut in den Ring geworfen.

Dieser Waiver, der „Ausnahmegenehmigung der Nachweispflicht über die Schädigung“ heißen könnte, sollte nur für

namentlich gelistete Entwicklungsländer gelten, um Missbrauch zu vermeiden. Das Kriterium wäre, dass sich Länder selbst entsprechend ihrem selbst eingeschätzten Gefährdungsgrads darum bemühen. Eigentlich müsste dieser Waiver solange Bestand haben, wie die Schutz- und Unterstützungsniveaus der OECD bei der Landwirtschaft noch so viel höher sind als die der Entwicklungsländer. Ob das durchsetzbar ist, ist fraglich. Sonst muss der Waiver gelten, bis er durch neue Regeln ersetzt in dem neuen Agrarvertrag wird.

Waiver-Moratorium-Kombination

Im Gegenzug zu dem Waiver müssten sich die Entwicklungsländer durch ein „Moratorium“ verpflichten, von ihrem Klagerecht nach dem Auslaufen der Friedenspflicht bei dem WTO-Panel solange keinen Gebrauch zu machen, wie die Agrarverhandlungen noch nicht abgeschlossen sind. Das „Moratorium des Verzichts auf das Klagerecht“ wäre allerdings eine völkerrechtlich unverbindliche Erklärung, die nicht vor dem Streitbeilegungsorganen durchgesetzt werden kann. Sie wäre aber leichter durchzusetzen als ihre Alternative, etwa wie in Anlehnung an den Fall des TRIPS-Medikamenten-Parallelimports, ein interpretatorisch-erläuterndes Protokoll.

Diesen Deal „Waiver für die Entwicklungsländer“ gegen „Moratorium auf das Klagerecht“ schlagen einige Organisationen der Zivilgesellschaft unter der Führung des EED den Verhandlungsleitern in Cancún vor.

Die Kombination Waiver-Moratorium erlaubt es den Entwicklungsländern, ihre gefährdete Landwirtschaft vor Dumping zu schützen; gleichzeitig könnte die EU ihr Agrarsystem vorerst ohne „Gesichtsverlust“ durch Streitbeilegungsverfahren beibehalten. Es verbleibt allerdings grundsätzlich die Gefahr, dass sich einzelne Länder nicht an ein solches Moratorium halten würden und gegen die EU im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten die DSU (Dispute Settlement Understanding) vorgehen.

Rudolf Buntzel-Cano

Der Autor ist Mitarbeiter beim Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) und Vorstandsmitglied von Germanwatch

(1) Der Artikel wurde bereits vor der WTO-Ministerkonferenz fertiggestellt.



Aus den Arbeitsgruppen

AG Frauen

gena.net - Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit

Noch ein Netzwerk? Nicht nur! Mit gena.net, der Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit, soll eine Struktur aufgebaut werden, die sich ganz speziell der Genderspekte in Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik annimmt.

Hier soll der ‚think tank‘ entstehen, in dem innovative Herangehensweisen und neue Verknüpfungen zwischen den Themen Geschlechterverhältnisse, Umwelt und Nachhaltigkeit praxisnah und umsetzungsorientiert diskutiert werden; der Ort, an dem Positionen erarbeitet und von dem aus Stellung bezogen wird zu deutschen und europäischen Aktivitäten im Bereich nachhaltiger Entwicklung. Hier sollen Ideen, Konzepte und Strategien zur Umsetzung des Gender Mainstreaming in Umweltorganisationen, -politik und -verwaltung (weiter)entwickelt werden und Organisationen bei der Integration von Genderspekten in ihre umwelt- und nachhaltigkeitsbezogenen Arbeit fachlich unterstützt werden. Nicht zuletzt verbindet sich mit gena.net der Anspruch, durch gezielte Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit zur Verbreitung der Erkenntnis beizutragen, dass eine nachhaltige Entwicklung ohne Geschlechtergerechtigkeit nicht zu erreichen ist.

Nutzung von Netzwerken

Große Aufgaben für eine kleine Organisation, die derzeit noch bei LIFE e.V. angesiedelt ist, sich aber im Laufe der dreijährigen Aufbauphase als eigenständiger Verband ausgründen soll. Wir bauen bei

der Bewältigung der umfangreichen Aufgaben stark auf die Arbeitskontakte, die sich im Laufe der langjährigen Zusammenarbeit in der AG Frauen des Forum Umwelt & Entwicklung entwickelt haben.

Kontakte mit der Wissenschaft

Aber auch auf die steigende Zahl an Forschungsergebnissen zu Geschlechterverhältnissen und Nachhaltigkeit, auf die Experten und Expertinnen, die sich im Umfeld sozial-ökologischer Forschungsprogramme wie auch im Zuge der Gender Mainstreaming Strategien der Bundesregierung und speziell des BMU und seiner nachgeordneten Behörden immer stärker etabliert haben. Der auf der Website von gena.net geplante Ressourcen-Pool soll all diese Entwicklungen zusammenfassen und Interessierten Orientierung und Hilfestellung geben: Durch Kurzdarstellungen von Forschungsergebnissen ebenso wie durch die Präsentation aktueller nationaler und internationaler Literatur zum Thema, durch Datenbanken von Expertinnen und Experten aus Forschung, Bildung und Politik oder die Durchführung von Workshops und Tagungen, wie auch durch Hinweise auf Veranstaltungen anderer Organisationen zum Thema Gender und Nachhaltigkeit.

Arbeitsgruppen geplant

Und natürlich immer wieder durch die Publikation und hoffentlich anregende Diskussion der Stellungnahmen und Positionen, die in den geplanten Arbeitsgruppen erarbeitet werden. Eine erste Stellungnahme zu „Gender Mainstreaming für die Renewables2004“ liegt bereits vor und kann unter den u.g. Domains abgerufen werden.

Der Mangel an Vernetzung und entsprechenden Strukturen wurde in Deutschland bereits seit der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking beklagt. Im Vorfeld der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Johannesburg wurde dieser Mangel wieder einmal schmerzlich bewusst und auf allen Vorbereitungskonferenzen, die sich mit Gender und Nachhaltigkeit beschäftigten, Unterstützung für die Vernetzung gefordert. Seit vielen Jahren wurde auf unterschiedlichen Wegen und mit unterschiedlichen Organisationen daran gearbeitet, Vernetzungsstrukturen finanziell abzusichern.

Nun endlich haben die Anstrengungen Früchte getragen – und dies gleich zweifach: Vom Bundesfrauenministerium wird seit Ende letzten Jahres „WOMNET - Vernetzungsstelle Gender und globale Strukturpolitik“ des NRO Frauenforum gefördert, das BMU und UBA finanzieren seit Sommer gena.net, die Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Mit vereinten Kräften und bei gegebener Aufgabenteilung sollte es doch möglich sein, Gender nachhaltig in Umwelt- und Strukturpolitik zu mainstreamen.

Ulrike Röhr

Die Autorin ist eine der Koordinatorinnen der AG Frauen des Forums Umwelt & Entwicklung

gena.net - Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit
und Nachhaltigkeit
c/o LIFE e.V.
Hohenstaufenstr. 8
60327 Frankfurt
www.ge-na.net/www.genanet.de
(ab Mitte Oktober 2003)



AG Wald

Import illegaler Hölzer muss endlich verboten werden! *Umweltverbände fordern drastische Maßnahmen zum Schutz der Wälder*

Ende Mai 2003 hat die EU-Kommission (EC) den EU-Mitgliedsstaaten einen Aktionsplan zur Eindämmung des illegalen Holzeinschlags und -handels präsentiert, an dem die Bundesregierung aktiv beteiligt ist. Dieses Engagement ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, doch geht es den deutschen Umweltverbänden nicht weit genug.

Schon seit etwa 15 Jahren versprechen Holzimporteure und Politiker der Öffentlichkeit, sich für die Erhaltung des Tropenwaldes engagieren zu wollen. Der Verein Deutscher Holzeinfuhrhäuser (VDH) wartete schon 1989 mit einem „Verhaltenskodex“ auf und gelobte, eine nachhaltige Bewirtschaftung des Regenwaldes und umweltschonende Holzerte zu gewährleisten. Im selben Jahr versprach die Internationale Tropenholzorganisation (ITTO) sogar, dass ab dem Jahre 2000 nur noch Tropenhölzer aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung in den Handel gelangen sollten. Und unsere Bundesregierung steht, will man den Verlautbarungen Glauben schenken, ohnehin an vorderster Front, wenn es um den Schutz und die nachhaltige Bewirtschaftung der Regenwälder geht.

Die Realität im Jahre 2003 zeigt, was die Selbstverpflichtungen und Ankündigungen wert sind: Nicht einmal ein Prozent der gehandelten Tropenhölzer stammen aus nachhaltiger Forstwirtschaft. Die „restlichen“ 99 Prozent werden mit Raubbau-Verfahren gewonnen, also durch die Plünderung und Zerstörung von Wäldern. Damit nicht genug: Ein Großteil des Raubbaues ist sogar illegal. Schätzungen

zufolge stammt etwa die Hälfte der Tropenholzimporte in die EU aus illegalem Holzeinschlag und -handel. Dasselbe gilt für gut 20% der Holzimporte aus Rußland. Die EU als weltgrößter Holzimporteur bezieht jährlich illegales Holz im Wert von 1,2 Milliarden Euro! Diese Fak-



ten sind seit Jahren bekannt und werden auch von den Regierungen der G8-Länder und der EU anerkannt.

Nichts ist vor der Holzmafia sicher

Illegaler Holzeinschlag und Handel ist - neben dem legalisierten Raubbau - eine der Hauptursachen für die Zerstörung von Urwäldern. In Indonesien gelten offiziell über 70% der Hölzer als illegal, in Kamerun sind es über 80%, für Brasilien schwanken die Angaben zwischen 20 und 80% und auch für Russland, dem Land mit der weltweit größten Waldfläche, werden gut 20% angegeben.

Selbst in Nationalparks und Indianergebieten sind Ramin- und Mahagonibäume nicht mehr sicher vor der Holzmafia, obwohl beide Holzarten inzwischen auf der Liste des Washingtoner Artenschutzabkommens CITES stehen. Die Weltbank schätzt, dass den Holzexportländern durch die illegalen Mafiaschafften jährlich 10-15 Milliarden Euro an Steuereinnahmen verloren gehen. Der Schaden für die Wälder und die betroffene Bevölkerung dürfte noch viel höher sein.

Aktionsprogramm gegen Waldzerstörung

In den Jahren 1997 und 1998 haben die Staatschefs der G7-Staaten, der mächtigsten Industrienationen der Welt, ein Aktionsprogramm beschlossen, in das auch der Kampf gegen den illegalen Holzeinschlag einbezogen wurde. Das Programm wurde jedoch erstmalig nicht mit Leben gefüllt; konkrete Maßnahmen gegen die Waldzerstörung blieben zunächst aus. Auf dem G8-Gipfel von Okinawa (2000) wollte man das Thema wieder vom Tisch haben. Nur auf Druck der Nichtregierungsorganisationen (NGOs)

kam das Problem des illegalen Holzeinschlags und -handels wieder auf die Tagesordnung. Erst anlässlich einer regionalen Konferenz in Jakarta 2001 begannen auch Regierungen damit, ihre Verantwortung im Kampf gegen den illegalen und zerstörerischen Holzeinschlag einzugestehen und sprachen sich dafür aus, dagegen vorzugehen.

Im Jahre 2002 wurde das Problem erstmalig in einer völkerrechtlich verbindlichen Konvention im Arbeitsprogramm zur Biodiversität von Wäldern adressiert und integriert.



Europäische Kommission „FLEGT“ den Wald

Ein Ergebnis dieses Prozesses ist der FLEGT-Aktionsplan (Forest Law Enforcement, Governance and Trade), dessen Entwurf die Europäische Kommission Ende Mai 2003 den EU-Mitgliedsstaaten präsentierte. Als wichtigste und neuartige Maßnahme wird darin der Abschluss von Partnerschaftsabkommen zwischen dem Holzherzeugerland und etwa der EU vorgeschlagen. Das Exportland muss dann für zuverlässige und glaubwürdige Verfahren und Strukturen sorgen, damit festgestellt werden kann, ob das Holz im Ein-

Wo ein Wille ist, da ist ein Weg

Wer sagt's denn? Zahlreiche Unternehmen, der Gesetzgeber und die Zollbehörden können sehr aktiv werden, wenn es darum geht, Importe unerwünschter Produkte entschlossen zu bekämpfen. So beschloss der EU-Ministerrat am 22.07.03 nach nur 6-monatiger Beratung neue Maßnahmen zum Schutz der Inhaber geistigen Eigentums gegen Markenpiraterie. Die EU-Verordnung 1383/2003 wird am 01.07.04 in Kraft treten. Auch auf nationaler Ebene gibt es längst entsprechende Gesetze, z.B. §§ 18ff Marken-gesetz oder §§37ff Sortenschutz-gesetz. Wie beim illegalen Holzhandel verursacht auch die Markenpiraterie Milliarden-schäden. Hier begnügen sich die Wirtschaftsunternehmen nicht mit Verhaltenskodizes oder anderen freiwilligen Maßnahmen. Stattdessen hat man z.B. den Aktionskreis Deutsche Wirtschaft gegen Produkt und Markenpiraterie (APM) gegründet, dessen Fahndungstrupps im ganzen Lande Flohmärkte und andere Orte nach verdächtigen Produkten absucht. Ähnliche Kontrollen werden von den Zollbehörden durchgeführt. Man stelle sich ein solches Aktionsteam einmal bei der Arbeit im Gartencenter vor, oder bei einem Holzim-porteur! Wo bleiben die Waldbesitzer-verbände und ehrlichen Holzhändler, die schärfere Maßnahmen gegen die alltägliche Wettbewerbsverzerrung durch den Import illegaler Hölzer fordern? Und warum sieht der Gesetzgeber ausgerechnet beim illegalen Holzhandel tatenlos zu?

klang mit den Gesetzen des Landes geschlagen wurde. Eine Art Zertifizierung wird als notwendig erachtet. Weitere Punkte des Aktionsplanes sind:

- verstärkte Unterstützung der Erzeugerländer im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit
 - Prüfung, inwieweit das Problem des illegalen Holzeinschlags und -handels im Rahmen bestehender Gesetze und Maßnahmen angegangen werden kann (z.B. Geldwäschegesetz, CITES, Überarbeitung der Kriterien von Finanzinstitutionen und Exportkreditagenturen, öffentliches Beschaffungswesen)
- Schließlich setzt man noch auf privatwirtschaftliche Initiativen (freiwillige Maßnahmen und Verhaltenskodizes)

Der EU-Aktionsplan ist als erster Schritt in die richtige Richtung zu werten. Doch im Maßnahmenpaket fehlen wichtige Vorschläge: So wurde das von NGOs immer wieder geforderte Importverbot für illegales Holz auf unbestimmte Zeit vertagt. Was für den normalen Menschenverstand logisch erscheint, hat sich bei der EC nicht durchsetzen können. Der Grund ist klar. Die treibenden Kräfte der Urwaldzerstörung sitzen in Ländern der großen Märkte (USA, EU, Japan, China) sowie der Holzmafia (Malaysia u.a.). Und solange der Import illegaler Hölzer weder von der EU noch von Deutschland gesetzlich verboten wird, kann auch der Holzhandel ungeniert am illegalen Raubbau verdienen.

Holzhandel setzt auf Freiwilligkeit

Die Bundesregierung hat sich immerhin aktiv am FLEGT-Prozess beteiligt und begrüßt das EU-Aktionsprogramm „grundsätzlich“. Anfang September hatte das Bonner Verbraucherschutzministerium (BMVEL) zu einer Verbandsanhörung geladen, an der neben Regierungsstellen vor allem Umweltverbände und Vertreter der Holzwirtschaft teilnahmen. Die Vertreter des Holzhandels schieben die Verantwortung vor allem auf die Entwicklungsländer – schließlich findet der illegale Holzeinschlag ja dort statt. Ansonsten befürwortet man erwartungsgemäß freiwillige Maßnahmen und Selbstverpflichtungen der Industrie und hält wenig von neuen Verordnungen und Gesetzen. Allerdings hat der Holzhandel bislang nicht einmal freiwillige Maßnahmen vorgeschlagen. Dennoch hat es den Anschein, dass sich der Holzhandel nicht mehr lange um seine Verantwortung wird drücken können und auf Verordnungen und Gesetze nicht grundsätzlich ablehnend rea-

gieren würde. Denn auch freiwillige Maßnahmen machen nur dann Sinn, wenn die Einhaltung der Regeln seriös überprüft werden kann. Schließlich setzen sich viele Unternehmen, die etwa mit Holzarten wie Bangkirai, Bongossi, Iroko, Mahagoni, Teak oder Yellow Balau handeln, dem Verdacht und Risiko aus, fahrlässigerweise illegalen Holzhandel zu unterstützen oder zu dulden. Will ein Unternehmen aber den Einkauf illegaler Hölzer vermeiden, braucht es dazu entsprechende Gesetze und Kennzeichnungssysteme. Auch von Seiten des Wirtschaftsministeriums wurde gegen ein Importverbot argumentiert, mit dem Allzweck-Argument WTO und GATT.

Umweltverbände fordern drastische Maßnahmen

Die Umweltverbände wollen sich nicht mit endlosen Prüfungen und jahrelangem Zuwarten abfinden und Jahre verstreichen lassen, bis sich die freiwilligen Maßnahmen wieder als unnützlich erweisen. Zudem ist zu befürchten, dass sich das Problem irgendwann von selbst erledigt – spätestens wenn sämtliche Urwälder abgeholzt sind, die heute noch wertvolle Holzreserven beherbergen. Sie fordern deutlich drastischere und konkretere Maßnahmen, wie:

- ein gesetzliches Importverbot für illegale Hölzer, sowohl auf EU-Ebene als auch in Deutschland,
- die volle Partizipation der Zivilgesellschaft (inklusive lokaler und indigener Gruppen) als Grundvoraussetzung für bilaterale Partnerschaftsabkommen,
- die Aufnahme des illegalen Holzhandels als Straftatbestand in das Geldwäschegesetz,
- die Festlegung bindender Umwelt- und Sozialstandards für Exportkreditagenturen und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW),
- die Realisierung des im Koalitionsvertrag versprochenen Umstiegs auf ausschließlich FSC-zertifizierte Hölzer¹ im öffentlichen Beschaffungswesen (für Tropenhölzer) und damit den Abschluss von sowohl illegalem als auch von legalem Raubbau-Holz.

László Maraz,

Der Autor ist Koordinator der AG Wald des Forums Umwelt & Entwicklung und von Pro REGENWALD, Mitarbeit: Martin Kaiser, GREENPEACE

¹ FSC = Forest Stewardship Council, d. Red.



AG Klima

Warten auf die Ratifizierung Russlands

*Eindrücke von der Zwischenrunde der Klimaverhandlungen
in Bonn (4.- 13.6.2003)*

Um es gleich am Anfang zu sagen: So unwichtig und substanzlos wie bei SB 18 (so der offizielle Name der Klimaverhandlungsrunde) waren die Klimaverhandlungen noch nie. Das Eindrücklichste von SB 18 war das Adieu von Tahar Hadj-Sadok, dem aus Algerien stammenden Vize-Sekretärs des Klimasekretariats auf der letzten Sitzung von SBI (Subsidiary Body for Implementation) am 13. Juni.

Viele Vertragsstaaten ergriffen das Wort, dankten ihm für seine Arbeit und verbanden dies mit Anekdoten über denkwürdige Begebenheiten aus zehn Jahren diplomatischer Verhandlungen um Klimaschutz. In diesem Moment wurde am deutlichsten, in welchen Niederungen sich die Klimaverhandlungen derzeit bewegen, obwohl zeitgleich 40 Kilometer entfernt ein Tornado (seit wann gibt es so etwas in der Eifel?) mehrere Häuser innerhalb Sekunden zerstörte und in Italien wegen einer Hitzewelle Teile der stromintensiven Industrie vom Netz genommen werden mussten, damit dieses nicht aufgrund des massenhaften Einschaltens von Klimaanlage zusammenbricht.

Es gab auf SB 18 so gut wie keine Wortmeldungen, welche die Substanz der Aufgabe, weswegen man eigentlich zusammengekommen war, nämlich den Klimaschutz, zum Inhalt hatten. Lediglich der „Vater des Kyoto-Protokolls“, der Argentinier Estrada, sprach dies mehrfach an. Etwa als er mit Empörung (gleich zweimal, nämlich im Nebenorgan SBSTA und später in SBI) daran erinnerte, dass die Emissionen des Flugverkehrs von 1990 bis 2000 um 50 Prozent gestiegen seien und dass keine Gegenmaßnahmen ergriffen würden. Oder als er wiederum empört feststellte, dass nur zwei der westlichen Industrieländer eine spürbare Verminderung ihrer Treibhausgasemissionen aufweisen könnten und dass andere hingegen starke Zunahmen vermeldeten. In diesem Fall wurde sein Unmut vor allem daraus genährt, dass die Klimaunterhändler einfach darüber hinweggingen und dass nicht einmal eine Diskussion über ein solch klimapolitisches Versagen stattfand.

Klimasekretariat muss sparen

Die Verhandlungen standen zudem unter sichtbaren Sparanstrengungen von Seiten des Klimasekretariats. Da die Industrieländer den Reisefonds für Delegierte aus armen Ländern nicht aufgefüllt hatten, konnten Vertreter aus 34 Entwicklungsländern - darunter auch Bangladesch - nicht an den Verhandlungen teilnehmen. Weiterhin war im Bonner Maritim-Hotel lediglich eine Versammlungshalle angemietet worden, und es gab erstmals seit Jahren keine Kamera, die die im Plenum sitzenden Redner aufnahm und auf die Leinwand projizierte - lediglich eine Stimme aus dem Nichts war bei der Wortmeldung zu vernehmen.

Das sind die ersten Auswirkungen der Bestrebungen der US-Administration, das Klimasekretariat finanziell auszutrocknen. Intensive interne Diskussionen bis in die letzten Stunden des Abschlusstages rankten um die Finanzen: Wollen die USA, die sich ja bekanntermaßen ihrer Verantwortung und dem Kyoto-Protokoll versagen, doch keinen Cent für die Verhandlungen um das Kyoto-Protokoll von „ihrem Geld“ ausgegeben sehen - obwohl sie weiterhin Vertragsstaat der Klimakonvention sind und das Protokoll ein Instrument der Konvention ist.

Baldiges Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls wird noch immer gesehen

Erfreulich ist festzustellen, dass viele Staaten - und darunter nicht nur die Treiber in Richtung Klimaschutz - in ihren Wortmeldungen über das baldige Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls so reden, als sei das eine ausgemachte Sache.

Für Marokko, als dem Sprecher der Gruppe 77 und China (d.h. den Entwicklungsländern) soll das Jahr 2003 das Jahr der Anpassung an den Klimawandel („Adaptation“) werden. Beobachter von internen Treffen der G77&China berichten, dass eine zuvor nie gekannte Bewegung zur Anpassung zu verzeichnen war - vermutlich stellen viele dieser Länder langsam fest, wie sehr sie bereits jetzt durch den Klimawandel betroffen sind. Allerdings hat sich dies in Bonn noch nicht groß im Auftreten und in der Verhandlungsmacht dieser Länder niederschlagen - weiterhin dominiert die OPEC

(und allen voran Saudi Arabien) in den meisten Tagesordnungspunkten das Auftreten von G77&China. Immerhin ist die OPEC bei den Verhandlungen um den Artikel 4.8/4.9, wo sie schamlos Kompensation fordern, falls Industrieländer Maßnahmen ergreifen, die den Erdölverbrauch senken, mittlerweile auch bei G77&China weitgehend isoliert.

Blick nach vorn

Worum ging es in den eigentlichen Verhandlungen? Der Vorsitzende des Nebenorgans SBSTA kategorisiert sie in das Beenden unerledigter Detailfragen zur Ausgestaltung des Kyoto-Protokolls einerseits und den Blick nach vorn andererseits. Das sind zum einen die Arbeiten um Artikel 5,7 und 8 des Protokolls (hier geht es um technische Fragen zur Erfassung der Treibhausgasinventare, die auf SB 18 alle gelöst werden konnten) und um die Art und Weise des Einbezugs der Senken in die CDM-Projekte, die in Entwicklungsländern durchgeführt werden (hier wurde ein Verhandlungstext erstellt, der im Dezember in Mailand weiter bearbeitet wird).

Zum anderem geht es, um den prominentesten Bereich zu nennen, um die Weise, wie die neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse des Dritten Sachstandsberichts des IPCC („TAR“) in den Klimaverhandlungen verarbeitet werden. Hier war, wie bereits im letzten Jahr, ein heftiges Ringen im Gange. Eine Kontaktgruppe konnte überhaupt keine Fortschritte erzielen, so dass zähe informelle Verhandlungen vom brillianten David Warrilow aus England geführt und - beinahe unerwartet - immerhin zu einem Abschluss gebracht wurden, der die regelmäßige Behandlung der neuen wissenschaftlichen Ergebnisse in Zukunft ermöglicht (so bescheiden ist man mittlerweile geworden, um Erfolge berichten zu können).

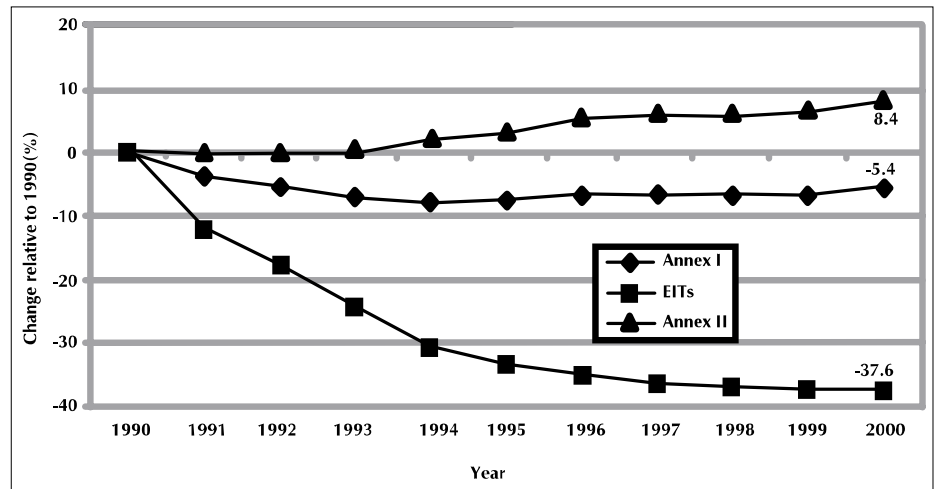
Flugverkehr

Auch der internationale Flug- (und See-)verkehr stand nach einem Jahr Pause wieder auf der Tagesordnung von SBSTA. Die Europäische Union (EU) hatte sich dafür eine neue Taktik bereitgelegt. Sie zielte nicht mehr darauf ab, dass Maßnahmen zur Beschränkung der Emissio-



nen angegangen würden - dies hatte sie in den letzten Jahren mehrfach auf den Verhandlungen versucht und war dabei jedes Mal am Widerstand der USA, G77&China (deren Position durch Saudi Arabien vertreten wurde) und anderen gescheitert. Lediglich die Emissionsinventare sollten nach Beschlüssen von SBSTA 18 verlässlich erstellt werden, und auf diese Weise sollte der Flugverkehr regelmäßig bei SBSTA auf die Tagesordnung kommen. Diese Taktik hatte Erfolg - auch die Saudis legten keinen Einspruch ein. Was dann zur oben beschriebenen Reaktion von Estrada führte, der zu Recht bemängelte, dass die Verhandlungen am eigentlichen Thema vorbei gingen. Unabhängig von den Vorgängen in Bonn ist in den Korridoren zu hören, dass mittlerweile sogar die EU das lange von ihr hochgehaltene Projekt einer EU-weiten Abgabe auf die Flugverkehrsemissionen nicht mehr weiter verfolgt.

Nicht direkt auf der Bühne der Klimaverhandlungen, aber sozusagen neben dran gab es eine unerwartete und deshalb umso erfreulichere Überraschung. Der Executive Board (EB) des CDM (Clean Development Mechanism), der potentielle CDM-Projekte begutachtet und prüft, ob sie den Vorgaben hinsichtlich Zusätzlichkeit, der Erfüllung der Kriterien Nach-



Trend der aggregierten Treibhausgasemissionen von Annex-I-Staaten 1990-2000. EITs = Economies in Transition (Länder im Übergang zur Marktwirtschaft). Datenlücken aufgrund unvollständiger Berichte einiger Annex-I-Staaten wurden durch einfache Interpolation oder durch die letztverfügbaren Daten gefüllt. Die dargestellten Werte sollten daher als vorläufig angesehen werden, was aber den dargestellten Trend nicht beeinflussen sollte.

Quelle: UN-Klimasekretariat (2002): FCCC/SB/2002/INF.2

haltiger Entwicklung usw. entsprechen, lehnte alle 14 vorgeschlagenen Anträge zu CDM-Projekten ab, weil sie zu dürftig begründet worden waren! Dies ermutigt, weil es massive Unternehmensinteressen gab, die sich für die Annahme von Projekten einsetzten. Damit wird aufgezeigt, dass der EB unabhängig ist und seine Aufgabe ernst nimmt. Noch festzuhalten

ist, dass der nächsten Vertragsstaatenkonferenz im Dezember 2003 in Mailand der ungarische Umweltminister als Präsident vorsitzen wird.

Manfred Treber

Der Autor ist Koordinator AG Klima des Forums Umwelt & Entwicklung

Umwelt- und Verkehrsverbände fordern weniger Flugverkehr

Billigflieger: Kollapsgefahr für Mensch und Klima

Der Traum vom Fliegen für ganze 20 Euro. Kann man dagegen etwas haben? Warum steht der Flugverkehr in der Kritik? Antworten auf diese und andere Fragen bietet ein neues Flugblatt, das von verschiedenen Umwelt- und Verkehrsverbänden kürzlich herausgegeben wurde.

Nach Ansicht der Umwelt- und Verkehrsverbände wird der Flugverkehr durch die Expansion der Billigflüge und den Ausbau von Flughäfen zum "Klimakiller" Nummer eins. Die Klimabelastung durch Fliegen wird damit die des Autoverkehrs in den nächsten Jahren voraussichtlich überflügeln und der Fluglärm

noch mehr Menschen krank machen.

Mit ihrer gemeinsamen Initiative setzen sich die Umwelt- und Verkehrsverbände für eine nachhaltige Reduzierung des Luftverkehrs ein. Wesentliche Forderungen sind:

- die konsequente Verlagerung von Kurzstreckenflügen auf die Schiene;
- die Einrechnung der sozialen und ökologischen Folgekosten in den Flugticketpreis (Einführung einer Emissionsabgabe, Kopplung der Start- und Landeentgelte an Schadstoff- und Lärmemissionen);
- die Aufhebung der Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Verkehrsträgern (europaweite Besteuerung von Kerosin, Aufhebung der Umsatzsteuerbefreiung

im grenzüberschreitenden europäischen Flugverkehr);

- der wirksame Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm (schärfere Grenzwerte, Nachtflugverbote).
- Alle wesentlichen Fakten und Forderungen zum Thema Flugverkehr wurden in einem Fallblatt zusammengefasst.

Die Inhalte werden getragen von BUND, BVF, DNR, Forum Umwelt & Entwicklung, Germanwatch, Robin Wood, VCD

Hinweis: Der Flyer „Der Traum vom Fliegen“ kann unter <http://www.forumue.de/forumaktuell/publikationen/00000061.html> als pdf-Datei heruntergeladen werden oder bestellt werden bei:

Forum Umwelt & Entwicklung,
Am Michaelshof 8-10, 53227 Bonn
BUND Bundesgeschäftsstelle,
Am Köllnischen Park 1, 10171 Berlin
Verkehrsclub Deutschland VCD,
Eifelstraße 2, 53119 Bonn
ROBIN WOOD,
Langemarckstr. 210, 28199 Bremen



AG Habitat

Stadtreform statt Ausverkauf

Nachrichten aus der Arbeit der AG Habitat

HIC mit neuem Generalsekretär

Mit Unterstützung der AG Habitat führte die Habitat International Coalition im August ihr Internationales Board Meeting in Wuppertal durch. Hauptaufgabe des Treffens war die Lösung zahlreicher in den letzten Jahren gewachsener interner Probleme. Zur neuen Generalsekretärin wurde die gebürtige Katalanin Ana Sigranyes aus Chile gewählt. Das Generalsekretariat verlagert damit seinen Sitz von Kapstadt nach Santiago. Zuvor war im Juni der frühere Generalsekretär Enrique Ortiz (Mexiko) zum neuen Präsidenten dieses größten Netzwerkes der NGOs und Basisbewegungen im Habitat-Bereich gewählt worden.

Bei einer öffentlichen Auftaktveranstaltung in Wuppertal betonte Enrique Ortiz die Notwendigkeit eigenständiger, politisch unabhängiger Organisationen der städtischen Basisbewegungen. Die Kooptation auch durch linke Regierungen führt nach aller Erfahrung zu einer Schwächung der Zivilgesellschaft.

Bei Begegnungen und Diskussionen in Bochum und Witten wurden gemeinsame Orientierungen im Einsatz für selbstbestimmte Wohnformen gefunden. Das HIC-Projekt „Soziale Produktion des Wohnens“ zielt auf eine internationale Vernetzung der diesbezüglichen Erfahrungen. „Es geht nicht nur um Selbstverwaltung von Wohnungen, es geht um die Kontrolle des gesamten Produktionsprozesses der Siedlungen durch die Bewohner“, betonte Enrique Ortiz in Witten. Eine beeindruckende Parallelität mit den Erfahrungen in Lateinamerika wurde bei einem Besuch des kollektiven Wohnprojektes in Bochum-Gerthe festgestellt. Die BewohnerInnen des ehemaligen Zwangsarbeitslagers kämpfen für den Erhalt ihrer Siedlung, die durch Altlasten belastet ist.

Tagung der AG Habitat

„Stadtreform statt Ausverkauf“ war das Motto der Jahrestagung der AG Habitat im September. Die über 20 TeilnehmerInnen diskutierten Strategien gegen den Ausverkauf kommunaler Güter, Perspektiven der nachhaltigen Stadt(teil)entwicklung unter den Bedingungen des demographischen Wandels und die Ethnisierung wohnungspolitischer Konflikte im europäischen Vergleich.

„Wohnungspolitik muss in Zukunft Stadtentwicklungspolitik sein“, betonte Armin Henschel vom Berliner Institut für soziale Stadtentwicklung. Der zu erwartende dramatische Bevölkerungsverlust in zahlreichen Stadtregionen führe zu Leerstandsproblemen, einer Verschärfung der Segregation und einem massiven Anwachsen des Bevölkerungsanteils mit „Migrationshintergrund“. Gerade unter diesen Bedingungen sei die Abschaffung der Eigenheimzulage nur zu begrüßen. Das werde aber nicht zu einem Stopp der Zersiedlung oder des Eigenheimbaus führen, die Wohnpräferenzen der Mehrheit der Bevölkerung seien eindeutig aus „Bodennähe“ ausgerichtet. Unter Schrumpfbedingungen bedeutet das, dass das Leitbild der „integrativen Stadt des 19. Jahrhunderts“ in die Krise komme, man müsse sich an die perforierte Stadt gewöhnen. Soweit möglich müssten die Mittel in den Schrumpfungsregionen nun für die Gestaltung des Umbauprozesses eingesetzt werden. Trotzdem erwartet Henschel eine erhebliche Zuspitzung des Integrationsproblems.

In der Debatte wurde ein erhebliches Defizit der Stadtplanungsdiskussion in Fragen der Migrationsforschung und Integrationspolitik festgestellt. Außerdem wurde die Tauglichkeit allgemeiner Trendszenarios und Befragungen für die Strategiebildung in Frage gestellt. Nicht demographische Statistiken und Mehrheitswünsche entscheiden über die Entwicklung von Quartieren, sondern die spezifischen Rahmenbedingungen, sozialen Prozesse und Kräfteverhältnisse vor Ort. Die Antwort auf den „Paradigmenwechsel“ in der Stadtentwicklung liegt deshalb zu einem guten Teil in einer Lokalisierung der Perspektiven und dem Ausbau von lokaler Partizipation.

Ganz in diesem Sinne wurden verschiedene Erfahrungen und Projekte auf ihre Tauglichkeit für die nachhaltige Stadtschrumpfung befragt. Als ein gutes Instrument zur Verankerung von Partizipation im Stadtteil haben sich zum Beispiel selbstverwaltete Verfügungsbudgets erwiesen. Die Vergabe derartiger Budgets darf aber nicht der Willkür der jeweiligen Stadtverwaltungen oder Kommunalparlamente überlassen werden. Generell geht es darum positive Erfahrungen aus dem Quartiersmanagement zu

verallgemeinern und verbindliche Rahmenregelungen für Stadtteilprojekte zu finden.

Bei vielen guten Beispielen für nachhaltige Stadtentwicklung – zum Beispiel dem Freiburger Vauban-Projekt – steht die Übertragbarkeit in Frage. Die Folgen der Stadtschrumpfung betreffen alle Instrumente und Maßnahmen der Stadtentwicklung, der Diskussionsprozess dazu ist schwierig und zum Teil schmerzhaft.

Internationale Aktionstage

Aus Anlass des Welt-Habitattages am 6. Oktober ruft die Habitat International Coalition erstmalig zu INTERNATIONALEN AKTIONSTAGEN FÜR DAS RECHT AUF WOHNEN auf. Basisbewegungen und NGOs aus vier Kontinenten werden nationale und lokale Aktionen in einen internationalen Zusammenhang stellen. In INDONESIEN veranstaltet das Urban Poor Consortium, Jakarta, u.a. einen „Karneval der städtischen Armen“ am 9. Oktober. Die Aktionen richten sich u.a. gegen geplante Zwangsräumungen im Zuge von Fluss-Regulationen und Wasserbaumaßnahmen. Allein ein geplanter Kanal in Jakarta droht mehrere 10tausend Menschen ohne Kompensation aus ihren Wohnungen zu vertreiben. Ein weiteres Thema ist die Verfolgung des Straßenhandels und der informellen Ökonomie. In den PHILIPPINEN werden Aktionen in 100 Städte über Radioprogramme miteinander verbunden. Die Basisbewegungen fordern u.a. ein Ende des Abrisses von Armenvierteln für Spekulationsprojekte sowie die Bereitstellung von Regierungsland und Infrastruktur für Ersatzsiedlungen. Massenproteste sind auch in INDIEN geplant. In MEXIKO, PERU, ARGENTINIEN werden zahlreiche Kundgebungen und Foren zum Recht auf Wohnen stattfinden. In den USA werden sowohl Mieter- als auch Obdachlosenorganisationen gegen die massiven Kürzungen der Sozialbudgets und des Sozialen Wohnungsbaus protestieren. In MOSKAU bereiten Organisationen landesweite Konferenzschaltungen vor. Die Regierung diskutiert seit längerem über die Einführung eines freien Wohnungsmarktes mit kostendeckenden Preisen. Mieter und Selbstnutzer befürchten nicht verkraftbare Kostenbelastungen. In PARIS wird es die schon traditionellen Kundgebungen



bungen der Obdachlosenbewegungen geben. Vor allem die Wohnsituation der Migranten und Illegalen ist katastrophal, Stadtteile sperren sich gegen die Zuwanderung und trotz Wohnungsnot sollen zahlreiche Großsiedlungen abgerissen werden. In BRÜSSEL finden vom 16. - 18. Oktober plakative Aktionen statt, die unter anderem auf die exorbitant gestiegenen Mieten in Folge des Zuzugs der Euro-Beamten und - Lobbyisten hinweisen. Aus Anlass des informellen Treffens der EU-Wohnungsbauminister in ROM finden Ende Oktober mehrtägige Aktionen in Italien statt. Gefordert wird u.a. ein Privatisierungsmoratorium, ein integrativer Sozialer Wohnungsbau und die europaweite Einhaltung des Menschenrechts auf Wohnraum bei Zwangsräumungen. In Deutschland wird die Pressearbeit von der AG Habitat koordiniert. In Bochum ist eine ganztägige Konferenz, in Tübingen ein „Wohn-Out“ geplant, das auch im Zusammenhang mit Aktionen gegen die Agenda 2010 steht. Wer sich mit seinen Aktionen anschließen will: unger@mvwit.de

Stadtumbau statt Wohnungsklau

Im Rahmen der internationalen Aktionstage findet am 3. Oktober 2003 in Bochum eine ganztägige Tagung zu den Folgen der Wohnraumprivatisierung und den Herausforderungen an eine nachhaltige Wohnungspolitik statt. Veranstalter sind die Mietervereine im östlichen Ruhrgebiet und die Gewerkschaft verdi. Zu den Rednern gehören u.a. DMB-Direktor Rips und der Generalsekretär des italienischen Mieterverbandes Unione Inquilini, Vincenzo Simoni. Es werden u.a. wohnungspolitische Forderungen nach dem Fall der Eigenheimzulage diskutiert. Anmeldungen an: unger@mvwit.de

Habitat beim ESF

Vom 12. bis 15. November 2003 findet das Europäische Sozialforum (ESF) in Paris statt. Die Pariser NGO AITEC veranstaltet zwei Seminare zum „Recht auf Wohnen“ und zum „Recht auf Stadt“. Die AG Habitat plant gemeinsam mit Stadtteilorganisationen ein ergänzendes Forum

zu Fragen der Quartiersentwicklung und der Partizipation im Süden von Paris.

Eine Fortsetzung der Debatten um das „Recht auf Stadt“ unter Bedingungen von Migration und Segregation ist für Ende November in Wiesebaden geplant.

Neuer Verein gegründet

Mitwirkende lokaler Gruppen aus NRW und der AG Habitat haben einen Verein mit Namen „Habitat-Netz“ gegründet, um die Koordination der Habitat-Aktivitäten in Deutschland in Zukunft ausbauen zu können. Die nächste Mitgliederversammlung ist für Mitte Dezember in Witten geplant. Bei dieser Gelegenheit findet auch ein Treffen der AG Habitat statt. Im Mittelpunkt stehen politische Anforderungen an die Städtebaupolitik, die Endredaktion des Jahresberichtes und die Planung von Projekten.

Knut Unger

Der Autor ist Koordinator der AG Habitat des Forums Umwelt und Entwicklung

Zweites Europäisches Sozialforum in Frankreich - ein anderes Europa ist möglich

Vom 12. - 15. Nov. 2003 findet in Paris und Saint-Denis sowie in den beiden benachbarten Städten Bobigny und Ivry das Europäische Sozialforum (ESF 2003) statt. Auf diesem - nach dem Florenzer - zweiten Sozialforum auf dem europäischen Kontinent soll im Geiste des Weltsozialforums von Porto Alegre weitergearbeitet werden. Dort werden sich soziale Bewegungen treffen und Erfahrungen austauschen, aber auch Alternativen und Strategien für deren praktische Umsetzung entwickeln.

Thema Wasser

Neben Themen wie Demokratie ist insbesondere ein Water-Pool geplant, auf dem verschiedene NROs die europäische Dimension der Problematik analysieren und gemeinsame Strategien erörtern werden. Beim 3. Weltsozialforum in Porto Alegre beschlossen Wasseraktivisten aus allen Kontinenten zivilgesellschaftlich organisierte alternative Wasserforen durchzuführen. In Planung ist nun ein weltweites Social Forum on Water (www.wsfw.org) welches in Mumbai in Indien vom 14. bis zum 16. Januar 2004 stattfinden soll - direkt vor dem 4. Weltsozialforum (16.-21. Januar 2004, Mumbai).

Weitere Informationen unter:

Europäisches Sozialforum:

www.fse-esf.org

Social Forum on Water:

www.wsfw.org

Weltsozialforum:

<http://www.wsfindia.org/>

Initiative für ein Sozialforum in

Deutschland: www.dsf-gsf.de



Aufbruch oder Scheideweg

Die schwierige Umsetzung der UN-Desertifikationskonvention

Sieben Jahre nach ihrer Verabschiedung sollte die sechste Vertragsstaatenkonferenz (VSK) der UN-Desertifikationskonvention, die vom 25.8.6.9 in Havanna stattfand, nun endgültig den Wendepunkt von der Orientierungs- in die Umsetzungsphase markieren. Diesem Anspruch gerecht zu werden war bei der nach wie vor divergierenden Interessenslage zwischen Nord und Süd ein schwieriges Unterfangen.

Die Ausgangslage für eine stärkere Ausrichtung auf Implementierung war indes günstig: Während des letztjährigen Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung war die Wüstenbekämpfung explizit als Instrument der Armutsbekämpfung benannt worden. Außerdem war bei der ersten Sitzung des Ausschusses zur Überprüfung der Umsetzung der Konvention (CRIC), die im November letzten Jahres in Rom stattfand, noch eine gewisse Aufbruchsstimmung zu spüren.

Ein wesentlicher Erfolg in Havanna war zweifelsohne die Benennung der Globalen Umwelt Fazilität (GEF) als Finanzierungsinstrument der Desertifikationskonvention. Mit sofortiger Wirkung richtet GEF ein Finanzierungsfenster „Land-Degradierung“, mit den Schwerpunkten Desertifikation und Deforestation ein. Skepsis ist allerdings angebracht ob manch überzogener Erwartungen im Hinblick auf die eher begrenzten Möglichkeiten der GEF für den Schwerpunkt Desertifikation (250 Mio US\$ in 3 Jahren).

Demgegenüber steht die Tatsache, dass der eigentliche Implementierungsprozess auf der operativen Ebene nur schleppend in Gang kommt. Weniger als ein Drittel der von Desertifikation betroffenen Staaten hat bisher nationale Aktionspläne vorgelegt. Gerade ein halbes dutzend Staaten war in der Lage konkrete Ergebnisberichte über Erfahrungen bei der Wüstenbekämpfung vorzulegen.

Schwindendes Interesse auf Geberseite

Wenngleich der VSK insgesamt ein großes Interesse entgegengebracht worden ist (Anwesenheit von 170 nationale

Delegationen, 33 UN-Agenturen und internationale Organisationen, sowie 160 NRO's), fällt eine nachlassende Beteiligung hochrangiger Vertreter aus den Geberländern auf. Von den 120 anwesenden Ministern war nur ein einziger aus den Staaten der OECD, was offiziell mit Termenschwierigkeiten begründet wurde. Inoffiziell kann zumindest teilweise ein Zusammenhang mit dem Austragungsort Havanna und den anhaltenden Spannungen mit der kubanischen Regierung gemutmaßt werden. Nach Angaben einiger Delegierter spiegelt die deutliche Abstinenz aber vor allem eine wachsende Unzufriedenheit mit der Arbeit des Sekretariats und damit einhergehend ein sinkendes Interesse an der Konvention als Handlungsinstrument wider.

Anhaltendes Misstrauen einiger Verhandlungspartner im Hinblick auf die als wenig transparent und effizient empfundene Ausgabenpolitik schlug dem Sekretariat vor allem bei den Programm- und Budgetverhandlungen entgegen. Diese gestalteten sich aufgrund der schwierigen Haushaltslage in den Geberländern und den überzogenen Forderungen des Sekretariats (+ 60%) als extrem schwierig. Die Gegensätze entzündeten sich vor allem an den vom Sekretariat und den G77 Ländern vehement eingeforderten regionalen Koordinierungsstellen (RCUs). Vor allem die afrikanischen Staaten plädieren im Hinblick auf die Umsetzung ihrer Interessen für ein starkes Sekretariat mit großem Handlungsspielraum, während die Geberländer mehr an der Bündelung von Mitteln für Basisprojekte interessiert waren, als an der Ausweitung bürokratischer Strukturen. Mit dem Minimalkompromiss einer 5 Prozent - Steigerung des Haushaltes, der erst am letzten Tag kurz vor Mitternacht zustande gekommen war, sieht sich das Sekretariat nun mit der Bringschuld einer höheren Effizienz und vor allem der Wiedererlangung seiner Glaubwürdigkeit konfrontiert.

Die schwierige Rollenfindung der NRO

Die Qualität der Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Organisationen an den Verhandlungsprozessen der Konvention lässt weiterhin viele Fragen offen. NROs,

die sich kritisch mit der Konvention auseinandersetzen, waren auch in Havanna deutlich in der Minderzahl. Der Eindruck, dass vom Sekretariat bevorzugt unkritische NROs gesponsert werden, mit dem Ziel diese hinter die eigenen Positionen zu bringen, hat sich weiter verstärkt. Bereits im Vorfeld der VSK war es diesbezüglich zu Verstimmungen gekommen. Auch wird die Diskrepanz zwischen dem Anspruch einer kritischen Beteiligung und dem Selbstverständnis vieler Süd-NRO überdeutlich, deren vordergründiges Interesse der eigenen Positionierung als potentielle Auftragsnehmer für Umsetzungsprojekte der Konvention gilt.

Die Bereitschaft auf Geberseite, zivilgesellschaftliche Organisationen stärker in die Implementierungsprozesse der Konvention einzubinden, ist dagegen stärker denn je, wenngleich es diesen Grundsatz weiterhin in den Implementierungsprozessen in den Nehmerländern einzuklagen gilt. Allerdings haben es die NRO bei der VSK in Havanna versäumt, über die Vorstellung einiger interessanter Erfahrungen im Bereich der Desertifikationsbekämpfung hinaus auf entscheidende Defizite bei der Implementierung der Konvention vor Ort hinzuweisen.

Die augenscheinliche Trägheit der NRO-Vertretung im Rahmen der UNCCD, des RIOD-Netzwerkes, und die Schwierigkeit, die vielschichtigen zivilgesellschaftlichen Strukturen unter einen Hut zu bringen, hat wesentlich dazu beigetragen. Auch die Einsetzung einer Task-Force zur Restrukturierung von RIOD während der VSK konnte kurzfristig nicht sehr viel an diesem Zustand ändern. Einige NRO-Vertreter gehen daher dazu über, stärker auf regionale Gemeinsamkeiten zu setzen, wie zum Beispiel im Rahmen der Europäischen Netzwerkinitiative eniD.

Matthias Banzhaf

Der Autor ist freier Mitarbeiter von FAKT und hat die AG Desertifikation des Forums für Umwelt & Entwicklung bei der COP 6 vertreten



Handel mit Virtuellem Wasser -

Was es ist, wie das Konzept genutzt oder missbraucht werden kann

Der Kunstbegriff Virtuelles Wasser (VW), auch "eingeschlossenes Wasser" oder "enthaltene Wasser" genannt, erlaubt einen neuen Blickwinkel auf die Produktion von Waren und insbesondere den Handel damit: Als Konsumenten verbrauchen wir die für einen Produktionsprozess erforderliche Wassermenge - dabei findet die Produktion oft in anderen Regionen der Welt statt.

Mit einem Kilogramm Bananen beispielsweise importieren wir ca. 500 Liter virtuelles Wasser, welches zum Wachsen von Bananenstauden verdunstet wurde. Mit dem Export von Weizen verkauft die EU je kg ca. 1000 Liter virtuelles Wasser, die das Empfängerland nicht mehr selber für die Weizenproduktion aufwenden muss. Zur "Herstellung" von Rindfleisch inklusive Getreidezufütterung, Stallreinigung, Tränke und dem Bedarf der Verarbeitungsindustrie bedarf es etwa 20.000 Liter Wasser je kg Steak, wobei Futtermittel für die europäische Viehzucht u.a. aus wasserknappen Regionen wie der Sahelzone oder Sojaplantagen aus (gerodeten) Tropenwäldern importiert werden. Jeder Mensch einer Mittelklasseökonomie (Tageslohn US\$ 30) konsumiert mit seiner Nahrung täglich 2300 Liter virtuelles Wasser, in einem Industrieland v.a. durch den höheren Fleischanteil über 4000 Liter jeden Tag (!). Zum Vergleich: Haushalte verbrauchen in Deutschland ca. 130 l reales Wasser je Person und Tag.

Aus dem virtuellen Wassergehalt von Importen, Exporten und Produktion lässt sich eine neuartige nationale Wasserbilanzierung anfertigen. Diese umfasst nicht nur die innerhalb des Landes für alle Produktionsprozesse verbrauchte Wassermenge, sondern auch die im Ausland verbrauchte und als virtuelles Wasser importierte (abzüglich der exportierten) Menge. Je höher die Nettoimporte von virtuellem Wasser relativ zur Wasserverfügbarkeit, desto höher die Wasserabhängigkeit eines Landes.

Der Ökologische Fußabdruck, rechnet die gesamte ökologische Bilanz eines Menschenlebens (etwas untransparent) in die Vergleichseinheit Hektar um. Demgegenüber konzentrierte sich der Wasser



Fußabdruck auf einen einzigen Faktor Wasser, der in vielen Regionen die Nahrungsproduktion limitiert – stärker noch als Böden.

Aktueller Wissensstand

Trotz der enormen Bedeutung der landwirtschaftlichen Produktion, die im globalen Mittel 80% des Wasserverbrauchs ausmacht, und der Zunahme von landwirtschaftlichen Exporten bei knapper werdenden Wasservorräten, sind internationale Ströme von virtuellem Wasser jetzt erstmals systematisch quantifiziert worden (Hoekstra 2003). Es wird auf Nationalstaatenniveau aggregiert, präzisere regionale Untersuchungen sowie die Ausweitung des VW-Konzepts auf Industrieprodukte und Dienstleistungen stehen noch aus¹. Der Begriff Virtuelles Wasser wurde von Tony Allan vor einem Jahrzehnt am SOAS/King's College in London geprägt und fand rasch Anklang.

Allan (2003) geht davon aus, dass VW in der Ökonomie eine zentrale Stellung ähnlich den Schattenpreisen und den Opportunitätskosten einnehmen wird. Er betont jedoch, dass diese Betrachtungsweise in wasserknappen Ländern des Nahen Ostens regelrecht sanktioniert wird, da

eine strategische Abhängigkeit von Wasserimporten politischen bzw. psychologischen Sprengstoff birgt. Beispielsweise waren es strategische Überlegungen hinsichtlich der zunehmenden Wasserknappheit, welche die Regierungen Israels und Jordaniens in den letzten Jahren veranlassten, den Nahrungsmittelbedarf zunehmend aus dem Ausland zu decken. Die Menge an importiertem VW übersteigt dort bereits die im Land real verbrauchten Wassermengen um einen Faktor 3 bis 4. Die gesamten VW-Importe des Nahen Ostens entsprechen nach Allan der Wassermenge, die über den Nil nach Ägypten hinein fließt.

Die USA sind mit -820 Mrd. m³ durch Getreide- und Fleischhandel der größte Exporteur von Wasser, gefolgt von Kanada (-320 Mrd. m³), Australien (-301 Mrd. m³) und Argentinien (-271 Mrd. m³). Große Importeure sind Japan (410 Mrd. m³), Italien (157 Mrd. m³) und die Niederlande (123 Mrd. m³). Auch für den Nahe Osten und Nordafrika sind Wasserimporte lebenswichtig (Hoekstra 2003).

Ins Auge sticht der überproportional hohe Anteil am Wasserverbrauch durch Fleisch: so machen Fleisch und Futtermittel



teln über 50 % von Japans VW-Importen aus. Weltweit macht die Fleischproduktion durch Zufütterung und Weidung 30% des landwirtschaftlichen Wasserbedarfs aus, während Getreide nur für 23% verantwortlich ist – der Weltenergie- und Proteinbedarf wird jedoch zu mehr als der Hälfte mit Getreideprodukten gedeckt. Verzichtet jemand aus ethischen oder finanziellen Gründen auf Fleischkonsum, verringert er seinen Konsum an VW um ca. 50%. Global gesehen ist allerdings der Fleischkonsum von 1965 bis 2002 von weniger als 25 kg pro Jahr und Kopf auf fast 40 kg gestiegen (FAO 2003), mit entsprechenden Folgen für Wasserverbrauch und den Wasserhandel.

Die UN Komitee für Menschenrechte bestätigte den Zugang zu Wasser für die 145 Unterzeichnerstaaten als verpflichtendes Menschenrecht². In den UN-Millenniumzielen wurde die Halbierung der Anzahl der Menschen ohne Zugang als politisches Ziel beschlossen³. Bisher ist unklar, wie das Konzept "Virtuelles Wasser" zum Erreichen dieser Ziele nutzbar gemacht werden kann. Die Treffen der wissenschaftlichen Commitee fanden bisher auf teuren Konferenzen statt, deren Besuch sich die meisten NGOs nicht leisten können (World Water Forum, Kyoto sowie World Water Week, Stockholm). Um Nutzen zu stiften, muss das Konzept VW aus dem Elfenbeinturm der Wissenschaft herausgeholt und es ist erforderlich, sozio-ökonomische Voraussetzungen für einen Handel mit virtuellem Wasser und soziale und ökologische "Nebenwirkungen" regional abzuschätzen. Hier sehen wir eine zentrale Aufgabe der NGOs.

Erwartungen an das Konzept Virtuelles Wasser

Wie oben beschrieben kann das Konzept helfen, unseren alltäglichen Konsum von (virtuellem) Wasser und die Auswirkungen dieses Verbrauchs in anderen Ländern zu verdeutlichen. Ein Laib Brot entspricht ca. 50 Eimern Wasser, eine Orange (je nach Herkunft und Größe) 5-10 Eimern, ein 200g-Rindersteak 400 Eimern.

Das Konzept kann außerdem für das regionale Wassermanagement verdeutlichen, inwiefern die Substitution landwirtschaftlicher Produktion durch Importe die lokale Wasserknappheit lindern kann.

Weiter kann durch entsprechende Handelspolitik gleichzeitig internationale Kooperation gefördert und in Flusseinzugsgebieten Konflikte mit Oberliegerstaaten vermieden werden, indem beispielsweise ein Transfer von Wasser in Form von Agrarprodukten garantiert wird. So könnte der Sudan sich verpflichten, für zusätzliche Entnahmerechte aus dem Nil an Ägypten eine feste Getreidemenge zu liefern. Ähnliches ist für die Euphrat-Tigris-Region oder den Ganges (Indien, Bangladesh) denkbar. Strategisches Interesse an nationaler Unabhängigkeit kontrastiert mit dieser Chance jedoch scharf.

Eine weitere Perspektive für virtuelles Wasser ergibt sich im Zusammenhang mit den gegenwärtigen WTO Verhandlungen: Auswirkungen einer möglichen Handelsliberalisierung auf Ströme von VW und damit auch regionale Wasserressourcen sind bisher gänzlich unbeachtet geblieben. Anders gefragt: können die allgemein als schädlich für Entwicklungsländer angesehenen Agrarsubventionen der EU und USA auch als nützlich für eine verbilligte Versorgung wasserknapper Länder mit (virtuellem) Wasser interpretiert werden?

Food Security oder Water Efficiency

Während das Ziel der Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln (food self sufficiency) von immer mehr Ländern z.B. wegen Wasserknappheit oder Landknappheit aufgegeben werden muss, baut die Sicherung der Ernährung (food security) zunehmend auf den Import von Nahrungsmitteln.

Yang (2003) betrachtete den Zusammenhang von Wasserknappheit und Getreideimporten. Ein Vergleich zwischen 1980 und 1999 zeigt, dass Nahrungsmittel-Nettoimportländer (NFICs) bei zunehmender Verknappung abhängiger von Importen werden, während nur eine Handvoll Länder immer mehr virtuelles Wasser exportiert. Inwieweit ist dieser Trend nachhaltig? Sandra Postel (1999) warnt, dass solch ein Handelsregime höchst instabil ist und vom goodwill einiger mächtiger Regierungen abhängt. Eine Dürre, wie Europa sie dieses Jahr erlebt, beeinträchtigt die Exportkapazitäten stark, weil Nahrungssicherung zuerst vor der Haustür stattfindet. Die Bedürfnisse der abhängigen NIFCs stehen dann hinten an... Die Auswirkungen des Klima-

Termin zum Handel mit virtuellem Wasser

Am 11. Oktober findet in Berlin im Haus der Demokratie und Menschenrechte (Greifswalder Str. 4, Vorderhaus 2.Stock, www.hausderdemokratie.de) ein erstes Treffen des Arbeitskreises Wasser von FIAN Deutschland, zum Thema "Handel mit Virtuellem Wasser" und der möglichen Bedeutung für die Menschenrechts- und Dritte-Welt-Arbeit, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen (Teilnahme kostenlos), Anmeldung bei Renate Domnick, e-mail: rdomnick@cityweb.de

wandels werden dieses Risiko noch verstärken - so ergibt sich bei vielen Länder ein Zielkonflikt zwischen Food Security und Water Efficiency. Kann dieser gelöst werden?

Neben der Betrachtung der Wasserproduktivität in kg (crop per drop) oder als produzierter Nährwert (in kcal/m³) wird schon heute die (Geld-)Wertschöpfung (US\$/m³) oder die Schaffung von Arbeitsplätzen (jobs per drop) gemessen. Mit solchen Maßzahlen werden die Wassernutzungseffizienzen aus den Sektoren Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistung vergleichbar – je nach Prioritätensetzung leiten sich unterschiedliche Politikstrategien ab.

Produktströme unter dem Blickwinkel der Wassernutzungseffizienz zu betrachten könnte sich zu einem neuem Eckstein der Wasser-, Ernährungs-, Entwicklungs- und Interventionspolitik mausern - es liegt in der Definition, ob damit den Interessen von Schuldner oder der Armutsminderung gedient wird.

Risiken des Konzepts Virtueller Wasserhandel - die Gefahr der Totalen Kommodifizierung

Entwicklungsländer sind am stärksten anfällig für die Folgen des globalen Wandels. Dürren und Fluten als Folgen der Klimaerwärmung wirken sich in den Ländern des Südens wesentlich gravierender aus als im Norden - Russland und Canada hoffen sogar, die Agrargebiete auszudehnen. Die Anpassungsfähigkeit der Entwicklungsländer an den Wandel ist geringer. Das VW-Konzept verdeut-



licht dies eindrücklich: Wasserknapper werdende Länder kaufen zusätzlich benötigte Nahrungsmittel auf dem Weltmarkt - dies können sie nur, solange sie über genügend harte Währung verfügen.

Abhängigkeit von Exporteuren kann zu unangenehmen Konsequenzen führen - z.B. bei politischen Konflikten oder aufgrund von Produktionsengpässen der Exportländer. Wie kann eine Versorgung der Empfängerländer garantiert werden?

Durch eine ökonomisch dominierte Betrachtungsweise droht Wasser dem herkömmlichen Optimierungskalkül unterworfen zu werden. Bei Zuspitzung von Nahrungsmittel- und Wasserverknappung sowie Verschuldung wächst der Einfluß internationaler Geldgeber darauf, Wasserressourcen "ökonomisch optimal zu nutzen". Strategische Abhängigkeiten können missbraucht und die Staatssouveränitäten im Nahrungs- und Wasserressourcenmanagement erheblich beschnitten werden. Lokale Land- und Wasserrechte können massiv beschnitten werden - besonders von indigenen Völkern, traditionellen Kulturen und Wasser für Ökosysteme.

Schon heute versucht die internationale Agarlobby, mit gentechnisch modifizierten Organismen (GMOs) wie salztoleranten Exportpflanzen auf Märkte der Südländer zu drängen. Das Argument erhöhter Wassernutzungseffizienz kann genutzt werden, um GMOs weltweit zu vermarkten, z.B. auf Kosten lokalen Wirtschaftens und des ökologischen Landbaus. Handel mit virtuellem Wasser kann dazu führen, dass notwendige interne Maßnahmen des Wassermanagements (z.B. Verminderungen von Verlusten) verzögert werden und stattdessen auf kostengünstige Importe gesetzt wird.

Wasser wird in vielen Kulturen (z.B. Indien und Ägypten) als heiliges Gut betrachtet. Die individuelle Wertschätzung von reinem Quellwasser, sowie der kulturelle und ökologische Wert des Wassers lassen sich nur schwer quantifizieren. Eine vollständige Kommodifizierung der Ressource Wasser kann all diesen Aspekten nicht gerecht werden. Eine global gleichgeschaltete Wasserbewertung bedeutet die Vernichtung regionaler Kulturen. Vandana Shiva (2003) fordert beim Umgang mit Wasser einen Paradigmen-

wechsel und Respekt gegenüber traditionellen Werthaltungssystemen. Bevor zivilgesellschaftliche Organisationen den Handel mit virtuellem Wasser als Massnahme im Integrierten Wasserressourcenmanagement (IWRM) empfehlen können, muss eine regionalspezifische Abschätzung von Chancen und Risiken erfolgen.

Thorsten Arnold, Holger Hoff

Thorsten Arnold ist ehrenamtlicher Mitarbeiter der Bundeskontaktstelle Wasser der GRÜNEN LIGA Berlin. Holger Hoff koordiniert das Global Water Systems Project am Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK).

Literatur:

Allan, Tony (2003) *Virtual Water - the Water, Food, and Trade Nexus. Useful Concept of Misleading Metaphor?* IWRA, *Water International*, Vol. 28, Nr.1
Postel, Sandra (1999), *Pillars of Sand - Can the irrigation miracle last?*, World Watch Institute

¹Die dargestellten Zahlen bergen einige Kompromisse bei der Berechnung: sie basieren auf dem spezifischen Wasserbedarf einer Pflanze in einem bestimmten Klima sowie einem landesabhängigen Technologiefaktor. Zwar wird zwischen Blauem Wasser aus der Bewässerung und Grünem Wasser unterschieden, das die Pflanzen aus der Bodenfeuchte ziehen. Es existieren aber zu grünem Wasser keine gesicherten Daten.

²General Comment on Right to Water (UN Komitee): <http://www.unhcr.ch/tbs/doc.nsf/0/a5458d1d1bbd713fc1256cc400389e94?Opendocument>

³Millenium goals: www.un.org/millenniumgoals

Kinder- und Jugendaktion „Aufgeschmeckt!“ von Brot für die Welt

Wie lassen sich Kinder und Jugendliche für mehr Qualität beim Essen begeistern? Wie können ihnen regional und biologisch erzeugte sowie fair gehandelte Produkte schmackhaft gemacht werden? Mit der Kinder- und Jugendaktion „Aufgeschmeckt!“ will das evangelische Hilfswerk „Brot für die Welt“ dazu Tipps und Anregungen geben.

Das Projekt „Aufgeschmeckt!“ wendet sich zum einen direkt an die Zielgruppe der 6- bis 14-jährigen, zum anderen aber auch an Multiplikatoren aus dem Bildungsbereich sowie an Verbände und Initiativen, die sich zum Thema Ernährung engagieren. Die Gruppe der Kleinen und Heranwachsenden beeinflusst bis zu 60 Prozent der Entscheidungen

ihrer Eltern beim Einkauf von Lebensmitteln - so das Ergebnis einschlägiger Untersuchungen. Die Lebensmittelindustrie hat dies längst erkannt und wendet sich mit aufwändigen Werbemaßnahmen an diese Zielgruppe. So lernen Kinder heute den Geschmack einer Himbeere oft zuerst in seiner synthetisch erzeugten Form als Fruchtgummi oder im Eis kennen, bevor sie eine echte Himbeere kosten. „Aufgeschmeckt!“ möchte dagegen bei den Kindern das Interesse für das Original wecken. Auch Küchen in Kindertagesstätten, Schulen und Schülerhorten haben die Chance, das Essverhalten der Kinder und Jugendlichen positiv zu beeinflussen.

Auf der Homepage www.aufgeschmeckt.de führen acht Maskottchen in die Thematik ein. Neben Rezepten, einem Quiz und Spielen finden jugendliche (und erwachsene) Surfer dort allerlei Wissenswertes in leicht verdaulichen Portionen.

Am Beispiel der Banane wird gezeigt, welche Auswirkungen unsere liebste Tropenfrucht auf das Leben der Menschen in den so genannten Bananenrepubliken hat. Ähnliche Themen behandelt die 16-seitige Broschüre „Tellertanz“ mit leicht verständlichen Texten und Spielen.



Projektstelle Mahlzeit, FAKT,
Franziska Krisch,
Gänsheidestr. 43,
70184 Stuttgart,
Telefon: 0711 / 21095 25,
Fax: 0711 / 21095-55,
E-Mail: aufgeschmeckt@fakt-consult.de
Im Internet: www.projekt-mahlzeit.de und
www.aufgeschmeckt.de



Die Situation der Kaffeebauern in der Kagera-Region in Tansania - *Warum viele Kaffee-Tassen leer bleiben*

Die Kagera-Region im Nordwesten Tansanias wirkt idyllisch. Sich weit schwingende Hügellandschaften gewähren ab und zu einen Blick auf das größte Binnengewässer Afrikas, den Victoria-See, auf gartenähnlichen Feldern werden Bananen und Kaffee in Mischwirtschaft angebaut, freundliche Tansanier fahren sich in der regionalen Hauptstadt Bukoba gegenseitig mit dem Fahrrad durch die Gegend.

Die freundlichen Fahrradfahrer sind Taxichauffeure, die keine andere Arbeit finden. Nach 30 oder 40 Jahren harter Feld-Arbeit können Familienoberhäupter den Mitgliedern ihrer Familie nicht die notwendigen Krankenhausbesuche finanzieren, müssen den Schulbesuch ihrer Kinder aus Kostengründen verzögern oder abbrechen, haben nicht einmal an Feiertagen genug Geld für eine fleischhaltige Mahlzeit. Denn Kagera ist eine infrastrukturschwache Region, die ihr sinkendes Haupteinkommen aus dem Verkauf von Kaffee bezieht.

1993 wurde im Zuge der allgemeinen Deregulierung im zuvor sozialistischen Tansania der Kaffeemarkt liberalisiert. Dies bedeutete, dass nun auch private Aufkäufer zu den Bauern kommen konnten, um ihren Kaffee zu erstehen. Vorher hatten Genossenschaften, die sich als Institutionen für die Bauern oder als beauftragte Mittelsmänner zwischen Produzenten und Markt verstehen, diese Aufgabe allein übernommen. Nach Konzepten auch der Weltbank sollte die Liberalisierung eine Konkurrenzsituation schaffen, die den Bauern höhere Preise beschert. Leider war dies nicht so einfach, wie gedacht.

Preise sinken ins Bodenlose

Seit der Liberalisierung ist der Erlös für die Bauern, der Farmgate-Preis, starken Schwankungen ausgesetzt und sinkt in letzter Zeit ins Bodenlose. Die Hauptursache hierfür liegt nicht in Tansania, sondern in dem internationalen Kaffeemarkt. Dieser wurde bis 1989 durch das Inter-

ationale Kaffeeabkommen reguliert, welches ähnlich wie beim Erdöl mit Hilfe von jährlichen Quoten für die Produzentenländer das Welt-Kaffeeangebot regelte und somit die Preise einigermaßen stabil hielt. So sanken die Weltmarkt-Preise für Robusta-Kaffee - neben Arabica-Kaffee die zweite große Kaffeepflanzenart - in den 80ern kaum unter 2 US\$ pro kg. Seit dem Zusammenbruch dieses Abkommens im Jahr 1989 schwanken die Kaffeeweltmarktpreise und in letzter Zeit befinden sie sich im freien Fall. Im Jahr 2001/02 lagen sie mit 0,50 und 0,70 US\$ pro kg bei einem Viertel des Minimal-Preises in den 80ern.

Ein Hauptgrund dafür ist die weltweite, nun nicht mehr regulierte Überproduktion. Vietnam hat auf Anraten der Weltbank auf Kaffee als Deviseneinnahmequelle gesetzt und hat in wenigen Jahren seine Kaffeeproduktion verzehnfacht. Weitere Produzenten wurden durch ein kurzzeitiges Hochschnellen der Kaffeepreise Mitte der 90er Jahre zu verstärkter Produktion motiviert. Außerdem ist Kaffee immer mehr Objekt von Spekulationen geworden.

Geringe Einkommen

Die Gründe für das geringe Einkommen der Kaffeebauern in Kagera - aber auch in anderen Regionen und Ländern verhält es sich ähnlich - sind, dass erstens diese Weltmarktpreise direkt an die Bauern weitergegeben und nicht wie bis vor der Liberalisierung durch die tansanische Kaffeebehörde (Tanzania Coffee Board) garantiert werden. Zweitens entstand die erhoffte preiserhöhende Konkurrenzsituation zwischen privaten Aufkäufern und Genossenschaften nur im geringen Ausmaß. Drittens sind die tansanischen Steuern auf Kaffee und auch die Verwaltungskosten der Genossenschaften relativ hoch. Letzteres ist jedoch der ‚Preis der Demokratie‘, wie ein Manager der Kagera Cooperative Union (KCU) es ausdrückte, da z.B. teure Mitgliederversammlungen abgehalten werden, um den Kurs für die kommende Kaffee-Saison festzulegen.

Für die allein in Kagera schätzungsweise 200.000 Kaffee anbauenden Familien sind die Farmgate-Preise (10-20 US Cent pro kg ungeschältem Kaffee) seit dem

Jahr 2000 kaum kostendeckend. Häufig war der Kaffee die wichtigste Einnahmequelle, da auf den kleinen Familienfeldern nicht so viel wachsen kann, Diversifizierungen notwendig, aber langwierig und unsicher sind. Die beispielsweise 200 Kaffee-Bäume eines Bauern mit jeweils einem knappen kg Ertrag ermöglichten früher die Finanzierung wichtiger Lebenshaltungskosten. Inzwischen bringen Bananen schon mehr ein. Diese werden aber für den Eigenbedarf benötigt.

Organische Produkte

Mit ausreichend Dünger könnten zwar Ertragssteigerungen erreicht werden. Wegen der geringen Preise muss aber wohl der größte Teil des Kaffees in Kagera organisch angebaut werden, d.h. es wird auch organischer Dünger verwendet. Daraus können aber bisher nur zwei kleine Bauern-Gruppen der KCU Gewinn schlagen, denn die in Europa heiß begehrten organischen Produkte, müssen vorher teuer überprüft werden. Eine Lizenz, um organischen Kaffee zu verkaufen, kostet um die 20.000 Euro pro Jahr. Kein Bauer kann sich dies leisten. Insbesondere nicht die Kleinbauern, die 90% des Kaffees in Tansania anbauen.

Für die an die Genossenschaften liefernden Kaffeebauern der Kagera-Region ist eine andere Prämie jetzt schon sehr wichtig geworden. Die KCU hat in den letzten Jahren teilweise fünf Prozent ihres Kaffees an Fairtrade-Partner in Europa absetzen können. Diese bieten einen Mindestpreis von 2,32 US\$ pro kg. Allein durch diese Fairtrade-Prämien, die ja eigentlich ‚nur‘ den normalen oder angemessenen Preis widerspiegeln, wurde bis zu der Hälfte der Farmgate-Preise bestritten. Das bedeutet, dass ohne Fairtrade die Bauern in Kagera gerade in den letzten drei Jahren, als sich die Weltmarkt-Preise um das vielfache verringerten, einen noch mal um die Hälfte geringeren Farmgate-Preis erhalten hätten.

Mattis Hahn

Der Autor ist Mitglied von DETAF e.V.

Informationen zu der weltweiten Kaffeekrise:
www.oxfam.de
www.maketrade-fair.com
Informationen über Kagera:
www.detaf.de



Veranstaltungen/Termine

Wasser und biologische Vielfalt als Handelsware? Perspektiven in der Auseinandersetzung um die Privatisierung öffentlicher Güter

*Internationale Tagung
14. - 16. Oktober 2003
Hamburg*

Ob bei Saatgut, Pflanzen, Tieren oder bei der Bereitstellung bisher öffentlicher Dienstleistungen: der weltweite Trend zur Privatisierung öffentlicher Güter ist nicht zu übersehen. Insbesondere durch das TRIPs-Abkommen und das GATS-Abkommen wurden und werden im Rahmen der Welthandelsorganisation international geltende Fakten geschaffen, die für alle WTO Mitgliedstaaten bindend sind. Die Erfahrungen aus dem seit 1995 geltenden TRIPs-Abkommen sind zahlreich. Ähnlich sieht es mit der Privatisierung der Wasserversorgung aus: Eine Dienstleistung, die noch zu 95% weltweit in öffentlicher Hand ist, wird seit einigen Jahren im Norden wie im Süden zunehmend dem Spiel der multinationalen Unternehmen unterworfen.

Diese wachsende Privatisierungswelle bedarf einer vielseitigen Diskussion, wie sie im Laufe dieser Tagung mit verschiedenen Südgästen, InteressensvertreterInnen, ExpertInnen und Interessierten geführt werden soll.

*Informationen:
BUKO Agrar Koordination & FIA e.V.*

*Nernstweg 32
22765 Hamburg
Tel.: 040-392526
Fax: 040-39900629*

Indigene Völker ohne Rechte? Schritte zur Ratifizierung der ILO-Konvention 169 durch Deutschland

*Tagung
17. - 19. Oktober 2003
Ev. Akademie Iserlohn*

Weltweit leiden indigene Völker unter Verfolgung und Diskriminierung, Landraub und Vertreibung aus ihren Siedlungsgebieten, und sie sind häufig Opfer von Übergriffen staatlicher Organe. Vor allem die Expansion Rohstoff

ausbeutender Industrien in die Territorien indigener Völker hat in den letzten Jahrzehnten rasant zugenommen. Ob Erdölpipelines im ecuadorianischen Oriente, Uranabbau auf Aboriginalland in Australien, Erdgasförderung in der sibirischen Tundra - fast überall werden die Rechte indigener Gemeinschaften verletzt. Doch während die Ausplünderung der Ressourcen ungehemmt weitergeht, entwickeln sich völkerrechtliche Normen und Schutzmechanismen nur langsam. Bis heute ist die ILO-Konvention Nr. 169 das einzige internationale Übereinkommen, das die Rechte indigener Völker festschreibt. Deshalb wird die Anwendung seiner Normen von Vertretern indigener Organisationen vehement eingefordert. Bisher haben erst siebzehn Staaten die Konvention ratifiziert; in Europa sind das lediglich Norwegen, Dänemark und die Niederlande. Deutschland gehört nicht zu den Unterzeichnerstaaten. Die Bestrebungen, dem Beispiel der europäischen Nachbarstaaten zu folgen, haben bislang noch zu keinem Ergebnis geführt - trotz positiver Stellungnahmen seitens einiger zuständiger Ministerien. Die Tagung möchte dazu beitragen, dass Deutschland, wie auch von den Koalitionsfraktionen selbst gefordert, zügig Schritte zur Ratifizierung unternimmt. Gegenstand der Tagung ist es, alle mit dem Ratifizierungsprozess befassten Gremien und Organisationen aus Politik und Gesellschaft zu Begegnung und Dialog zusammenzubringen. Der Stand des Prozesses soll resümiert, Stellungnahmen indigener Organisationen eingeholt und die politischen Positionen diskutiert werden.

*Information...
Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie e. V. (infoe)
Melchiorstraße 3
50670 Köln
Tel.: 0221 - 739 28 71
E-Mail: infoe@infoe.de
www.infoe.de*

REGENWALD retten - (illegale) Raubbau-Hölzer bannen!

*Regenwald-Aktionswoche
18. - 26. Oktober 2003*

Pro REGENWALD ruft alle AktivistInnen und InteressentInnen dazu auf, sich an der diesjährigen Regenwald-Aktionswoche zu beteiligen, die vom 18.10. bis zum 26.10. stattfindet. Das Motto der Aktionswoche ist: Den Handel mit (illegalen) Raubbau-Hölzern stoppen! Überall wo Raubbauholz angeboten wird, sollten Gruppen oder Einzelpersonen auftauchen und auf den Skandal hinweisen: der Tropenwald stirbt, weil auch wir in Deutschland Raubbauholz handeln und benutzen. Ziel der für die Regenwaldwoche geplanten Aktionen ist, auf den Skandal des Handels und der Nutzung dieser Raubbauhölzer hinzuweisen und vor allen Dingen den Holzhandel zu drängen, das umweltzerstörende Treiben zu beenden. Geplant sind Infostände, Protestaktionen und vieles andere mehr. Anleitungen, Information und Serviceangebote für all diejenigen, die mitmachen wollen, gibt es bei

*Informationen:
Pro REGENWALD
Frohschammerstraße 14
80807 München
Tel.: 089-359 8650
E-Mail: Laszlo@wald.org
www.pro-regenwald.de*

Cancún und Ernährungssicherung: Rückschlag oder Neuanfang?

*20. Oktober 2003
EED, Berlin*

Am 14. September 2003 ging in Cancún die fünfte WTO-Ministerkonferenz ohne Ergebnis zu Ende. Zu den umstrittensten Themen gehörten die Agrarverhandlungen. Die Entwicklungsländer meldeten sich dabei selbstbewusst zu Wort und formten neue Allianzen. Der letztlich gescheiterte Verhandlungsvorschlag griff ihre Belange dennoch kaum auf. Auf dieser gemeinsamen Veranstaltung des Ev. Entwicklungsdienstes (EED), FIAN Deutschland, Germanwatch und Weltladen-Dach-

verband sollen u.a. der Verhandlungsverlauf, die Verhandlungsvorschläge und Perspektiven für das zukünftige Agrarhandelsregime analysiert werden. Zu Wort kommen VertreterInnen von Bauernorganisationen, Zivilgesellschaft und Regierungen aus Süd und Nord.

*Informationen:
FIAN Deutschland
Germanwatch Berlin
E-Mail: u.mueller@fian.de
E-Mail: wiggerthale@germanwatch.de*

Land zum Leben, nicht für den Profit! - Verteilung und Agrarreform in Kolumbien

Veranstaltungsreihe zum Weltternährungstag am 16. Oktober 2003

20. - 26. Oktober 2003
Drogenhandel, Kriminalität und Bürgerkrieg bestimmen seit vielen Jahren das Image Kolumbiens. Jeder vierte Kolumbianer ist heute von Hunger betroffen! Statt das Menschenrecht auf Nahrung umzusetzen und die Konflikte an ihren Wurzeln zu bekämpfen, setzt Präsident Velez Uribe auf eine Strategie der Repression und „Terrorbekämpfung“. Massive Unterstützung erhält er dabei von der Regierung Bush. Mit dem Soziologen Hector Mondragón ist einer der besten Kenner sozialer Bewegungen in Kolumbien vom 20. bis zum 26. Oktober in Deutschland zu Gast. Auf Einladung der Menschenrechtsorganisation FIAN berichtet er gemeinsam mit Gilma Benítez von der Kleinbauernorganisation ANUCUR über die Hintergründe von Hunger, Vertreibungen und Gewalt, zeigt aber auch mögliche Auswege auf.

*Termine:
20.10., 20 Uhr - Köln, Allertweltschhaus - Kontakt: Wolfgang Sterk: 0173 9288134, E-Mail: wolfgang.sterk@web.de
21.10., 20 Uhr - Lörach, Kulturcafe Nelli Nashorn - Kontakt: Stephan Berg: 07621 86802, E-Mail: fianloerrach@gmx.de
22.10. - Heidelberg - Kontakt: Sylvana Strenge: 06221 895952, E-Mail: sylvanastrenge@web.de*



Bochum, Ruhr Uni - Kontakt:
Eli Pape, 0234 702065, E-Mail:
elizabeth.pape@ruhr-uni-
bochum.de

23.10., 19 Uhr - Berlin, Vortrag
mit H. Mondragón im Versamm-
lungsraum Mehringhof, Aufgang
III, 2. Stock links, Gneisenastr.
2a, 10961 Berlin (U-Bhf. Meh-
ringdamm) - Kontakt: Inger Jür-
gensen: 030 69568992, E-Mail:
ingerjuergensen@web.de oder
Jan Schikora

25.10. - Wahren - Kontakt:
Sibylle Gundert-Hock: 0381
4902419, E-Mail: gse.hro@t-
online.de

26.10, 11 Uhr - Hamburg,
Ev. Fachhochschule für Sozial-
pädagogik (RauhesHaus) Horner
Weg 170 - Kontakt: Elke Möller,
040 6773251, E-Mail: boy-
tin23@web.de

Informationen:

FIAN

Armin Paasch

Tel.: 02323 9192663

E-Mail: a.paasch@fian.de oder
Frank Braßel

Tel.: 02323 9192664

E-Mail: brassel@fian.de

Verkehr und Tourismus in sen- siblen Naturräumen

Internationale Fachtagung

23. - 24. Oktober 2003

Fischbach bei Dahn

Der besondere Charme heimi-
scher Naturparks, Nationalparks
und Biosphärenreservate macht
diese zu attraktiven Zielen für die
Naherholung und für die immer
beliebter werdenden Kurzreisen.
Das Naheliegende wird gerade
auch von anspruchsvollen Urlaub-
ern (wieder-) entdeckt. Steigen-
de Besucherzahlen werden pro-
gnostiziert und für die regionale
Ökonomie auch dringend erhofft.
Attraktiv sind diese sensiblen Na-
turlandschaften durch ihre Schön-
heit und Abgeschlossenheit. Diese
Attraktivität steht aber auf dem
Spiel, wenn in die Ruhe der Natur
Verkehrslawinen hereinbrechen,
die erlebnishungrige Urlauber
in der Regel ungeregelt mit
sich bringen. Damit Touristen nicht
das zerstören, was sie suchen,
müssen also intelligente Mobi-
litätsstrategien entwickelt werden

- um die Zufriedenheit der Gäste
wie der Gastgeber nachhaltig zu
erhalten und um das regionale
Kapital zu schützen. Aber wie
geht das eigentlich, intelligentes
Mobilitätsmanagement in sensi-
blen Naturräumen?

Es gibt bereits viele Erfahrungen,
die während der Tagung vorge-
stellt werden sollen und dabei auf-
getretene Probleme zur Sprache
gebracht werden. ExpertInnen aus
Wirtschaft, Verwaltung und For-
schung werden aktuelle Beispiele
aus Forschung und Praxis vortra-
gen und über Erfahrungen aus
Deutschland, Frankreich und
Österreich berichten. Eine ab-
schließende Podiumsdiskussion
am 2. Veranstaltungstag wird die
Situation vor Ort beleuchten und
überprüfen. Eine begleitende Aus-
stellung stellt Projekte im grenzü-
berschreitenden Biosphärenre-
servat Pfälzerwald/Vosges du
Nord vor.

Informationen:

Biosphärenhaus Fischbach
Pfälzerwald/Nordvogesen
Am Königsbruch 1
66996 Fischbach bei Dahn
Tel.: 06393-92100

Fax: 06393-921019

info@biosphaerenhaus.de
<http://transport.arubi.uni-kl.de/tourismus>

Füllhorn oder Büchse der Pan- dora? GATS, EU-Binnenmarkt und die Liberalisierung öffent- licher Dienstleistungen in Deutschland

Tagung

29. - 31. Oktober 2003

Hannover

Die Zukunft der öffentlichen
Dienstleistungen Wasser, Energie,
Abfallentsorgung und ÖPNV steht
auf drei Ebenen zur Debatte: Vie-
le Menschen befürchten, dass das
GATS die Möglichkeiten ein-
schränken wird, in Deutschland
frei über die Erbringung und Re-
gulierung öffentlicher Dienstleis-
tungen zu entscheiden. Schon
heute aber geben die Wettbe-
werbspolitik der EU und die von
ihr angestrebte Vollendung des
Binnenmarktes vielfältige Regeln
für diesen Bereich vor. Doch las-
sen leere Kassen viele Stadtkäm-

merer und Ratsmitglieder schon
seit einiger Zeit nach neuen Mög-
lichkeiten suchen, Defizite bei öf-
fentlichen Versorgern zu reduzie-
ren. Auch beschwerten sich viele
BürgerInnen über hohe Wasser-,
Abwasser- und Müllgebühren,
steigende Strompreise sowie teure
Nahverkehrstickets. Es stellt sich
also grundsätzlich die Frage, ob
eine stärkere Einbeziehung von
privaten Unternehmen hier Ab-
hilfe schaffen kann oder ob der
Ausverkauf des Tafelsilbers mit un-
absehbaren Konsequenzen für
die Qualität der Dienstleistung
und die kommunale Selbstver-
waltung droht.

Wie können die berechtigten In-
teressen derjenigen, die öffentli-
che Dienstleistungen nutzen, fi-
nanzieren und erstellen, in ein
ausgewogenes Verhältnis ge-
bracht werden? Welche staatliche
Regulierung ist dabei erforder-
lich? Welche Chancen und Risiken
bieten das GATS und die EU hier-
für? Wie geht es nach der WTO-
Ministerkonferenz von Cancún
und dem Konsultationsprozess
über das EU-Grünbuch zur Da-
seinsvorsorge weiter?

Informationen:

Ev. Akademie Loccum

PF 2158

31545 Rehburg-Loccum

Tel.: 05766-810

Fax: 05766-81900

E-Mail: Karin.Buhr@evlka.de

Public-Private Partnerships - Hand in Hand mit der Indu- strie?

Fachtagung

31. Oktober - 2. November

2003

Ev. Akademie Bad Boll

Öffentliche Institutionen und Or-
ganisationen gehen zunehmend
sogenannte Partnerschaften mit
Wirtschaftskonzernen ein. Spon-
soring ist in aller Munde, viele
Selbsthilfegruppen hängen z.B.
am Trof der Pharmaindustrie.
Weder Universitäten, noch die
Vereinten Nationen oder die Welt-
gesundheitsorganisation kommen
scheinbar ohne private Financiers
aus. Verantwortliche aus Politik
und Wirtschaft preisen Public-Pri-
vate Partnerships (PPPs) beden-

kenlos als Zukunftsstrategie an.
Öffentliche Aufgaben werden
derweil - unter dem Vorwand leer-
er Kassen - mehr und mehr pri-
vaten Unternehmen übertragen.
Ziel der Fachtagung ist es, die
Auswirkungen und Interessen-
konflikte solcher Partnerschaften
in Nord und Süd aufzudecken
und Alternativen zu suchen.
Während der Tagung gibt es ein
begleitendes Kulturprogramm:
Lieder und Texte aus neuer und al-
ter Zeit mit Klavierbegleitung - Kri-
stin Eisen. Die internationalen Re-
ferenten halten ihre Referate auf
Englisch.

Informationen:

Ev. Akademie Bad Boll

Frau Segatz

Akademieweg 11

73087 Bad Boll

Tel.: 07164-79384

Fax: 07164 795384

doris.segatz@ev-akademie-
boll.de

www.ev-akademie-boll.de

Gender Mainstreaming und Naturschutz

Tagung

5. - 7. November 2003

Andreas-Hermes-Akademie,
Bonn

Aktuell besteht ein großer Wis-
sensbedarf, wie die Strategie
Gender Mainstreaming im Be-
reich Naturschutz umgesetzt wer-
den kann. Dies gilt sowohl für Po-
litik und Verwaltung als auch für
die Naturschutzverbände. In der
Literatur wird das Thema „Gender
und Naturschutz“ wenig disku-
tiert. Die vorliegenden Veröffent-
lichungen beschäftigen sich vor
allem mit der Arbeit von Frauen
im Naturschutz oder mit eher
theoretischen Fragen wie z.B. dem
Zusammenhang von Naturver-
ständnis und Geschlechtersymbo-
lisierungen. Arbeiten, die explizit
auf die konkrete Naturschutzar-
beit in Politik, Verwaltung und
Verbänden eingehen, sind selten.
Diese gemeinsame Tagung von
BMU und BfN greift diesen Wis-
sensbedarf auf und dient einer
möglichst umfassenden Sondie-
rung des Themenkomplexes Ge-
schlechterverhältnisse und Natur-
schutz. Ziel ist es, genderpolitisch



relevante Handlungsfelder im Bereich Naturschutz zu identifizieren und Perspektiven aufzuzeigen, wie diese langfristig in Konzepten und Strategien des Naturschutzes, im konkreten Verwaltungshandeln und in der praktischen Naturschutzarbeit berücksichtigt werden können.

Im Dialog mit ExpertInnen werden relevante Genderaspekte in ausgewählten Themenfeldern wie z.B. Regionalentwicklung, Landwirtschaft, Biodiversität, Raumplanung und Tourismus diskutiert. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf Zielallianzen und Zielkonflikte zwischen Naturschutz und Gleichstellung der Geschlechter gelegt. Die zweieinhalb-tägige Veranstaltung bietet Raum für den Austausch fachlicher und strategischer Fragen. Herzlich eingeladen sind Männer und Frauen aus Verwaltung und Politik, Verbänden und Wissenschaft sowie MultiplikatorInnen aus den Bereichen Umweltbildung und -presse. Die TeilnehmerInnenzahl ist begrenzt.

Informationen:

Bundesamt für Naturschutz
(BfN)

Maria Kilp
Konstantinstr. 110
53179 Bonn
Tel.: 0228-8491196
Fax: 0228-8491108
E-Mail: KilpM@BfN.de

Auftakt-/Gründungs- veranstaltung der Welthandelskampagne „Gerechtigkeit jetzt“

7. - 9. November 2003
Hannover

Gerechtigkeit jetzt! Die Welthandelskampagne wird am 7. und 8. November 2003 in Hannover tagen, um dort ihre Struktur zu beschließen und verschiedene Gremien zu wählen sowie Arbeitsgruppen zu bilden. Es sollen konkrete Aktionen und weitere Aktivitäten geplant werden. Die Gründungsveranstaltung richtet sich an Organisationen, Gruppen und Verbände, die bereits Mitträger sind, oder Interesse daran haben, dies zu werden. Ein genaueres Programm ist ab Oktober

erhältlich. Der Beginn der Veranstaltung wird um 12.30 Uhr sein und sie endet mit einem Mittagessen am nächsten Tag gegen 14.00 Uhr.

Informationen:

Gerechtigkeit jetzt! Die Welthandelskampagne

Antje Schultheis
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn

Tel.: 0228-3681010
Fax: 0228-92399356
E-Mail: info@gerechtigkeit-jetzt.de
www.gerechtigkeit-jetzt.de



Agrarreform in Brasilien: eine Herausforderung für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit

Seminar

10. - 11. November 2003
Gustav-Stresemann-Institut,
Bonn

Am 10.-11. November 2003 veranstaltet FIAN Deutschland gemeinsam mit Brot für die Welt, EED, das Forum Umwelt und Entwicklung, Kooperation Brasilien und Misereor das Seminar "Agrarreform in Brasilien: eine Herausforderung für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit". Als der charismatische Arbeiterführer Inacio "Lula" da Silva Ende letzten Jahres in Brasilien die Präsidentschaftswahlen gewann, keimte unter den landlosen Bäuerinnen und Bauern große Hoffnung auf. Lula war mit dem Wahlversprechen angetreten, die Bekämpfung des Hungers in den Mittelpunkt seiner Bemühungen zu stellen. Zentraler Bestandteil seines "Null-Hunger"-Programms sollte die Agrarreform sein. Kaum ein Jahr später ist der Frust unter den Landlosen und ihren Bewegungen groß. Während Lula die Subventionen für den landwirtschaftlichen Exportsektor erhöht hat, ist ein Fortschritt der Agrarreform schwer zu erkennen. Die Unzufriedenheit der Landlosen schlägt sich in einer Zunahme von Landbesetzungen und der Gewalt seitens der Großgrundbesitzer nieder.

Das Seminar analysiert den Stand der Agrarreform fast ein Jahr

nach Amtsantritt des Präsidenten Inacio Lula da Silva, den Einfluss der internationalen Entwicklungszusammenarbeit sowie mögliche Perspektiven für die deutsche EZ. ReferentInnen der Landlosen-Bewegung MST, der Landpastorale CPT und des Agrarreforminstituts INCRA aus Brasilien sowie deutscher NRO, der GTZ und BMZ versprechen interessante Informationen aus erster Hand und spannende Diskussionen. Zielgruppen sind Fachleute der Entwicklungszusammenarbeit sowie alle Brasilien- und Agrarreform-Interessierte.

Das Seminar findet statt im Gustav-Stresemann-Institut in Bonn. Teilnahme-Beitrag ist 60 Euro (inklusive Verpflegung und Übernachtung), ohne Übernachtung und für Geringverdienende 30 Euro.

Informationen:

FIAN Deutschland
Armin Paasch
Tel.: 02323-9192663
Fax: 02323-490018
E-Mail: paasch@fian.de

Millenniumsziel Armuts- bekämpfung - Da mache ich mit!

Bildungsmarkt

21. - 22. November 2003
Mainz

Rund 1,2 Milliarden Menschen auf der Erde leiden unter extremer Armut. Dies ist eine Missachtung ihrer Menschenwürde und Menschenrechte. Armut ist ein menschengemachtes Ergebnis ungleicher globaler Strukturen und ungerechter Herrschaftsstrukturen in den betroffenen Ländern. Das Ziel der Weltgemeinschaft, bis zum Jahre 2015 weltweit die extreme Armut zu halbieren, ist ehrgeizig, aber nicht utopisch. Das Aktionsprogramm der Bundesregierung zeigt den Beitrag auf, den die Bundesregierung zur Erreichung des Halbierungsziels leisten will. Ebenso haben sich die Länder in ihrer Entwicklungszusammenarbeit dem Ziel der Armutsbekämpfung verschrieben. Es ist daher gut, dass sich Bund und Länder zusammengefunden haben und unter dem Titel „Millen-

iumsziel Armutsbekämpfung" eine bildungspraktische Veranstaltung mit dem Ziel der stärkeren Verankerung der Thematik im Bildungssektor durchführen. Im Zentrum des zweitägigen Bildungsmarktes steht - von bildungspolitischen und bildungspraktischen Podiumsdiskussionen flankiert - die Vorstellung von insgesamt 32 Best-Practice-Beispielen der schulischen und außerschulischen entwicklungspolitischen Bildung, die sich mit dem Phänomen der extremen Armut und ihrer Bekämpfung beschäftigen.

Informationen:

World University Service (WUS)
Frau Kerima Wensierski
Goebenstr. 35
65195 Wiesbaden
Tel.: 0611-9446170
Fax: 0611-446489
E-Mail: bildungsmarkt@wusgermany.de
www.bildungsmarkt2003.de

Blick zurück - Blick nach vorn! Bilanz- und Perspektivkonferenz der Agenda 21 in NRW

Konferenz

26. - 27. November 2003

Alter Plenarsaal, Bonn

Die Zukunft Nordrhein-Westfalens gemeinsam gestalten - diese Aufgabe steht im Mittelpunkt der Agenda 21 NRW, die von der Landesregierung im Auftrag des Landtags Nordrhein-Westfalen Anfang 2002 auf den Weg gebracht wurde. Der Agenda-Prozess wurde in den vergangenen eineinhalb Jahren von zahlreichen engagierten Menschen aus NRW aktiv mitgestaltet und vorgebracht. Auf dieser Konferenz stehen die Ergebnisse des Agenda-Prozesses und der Arbeit von Agenda-Projekten und Netzwerken im Mittelpunkt. Die von Expertengruppen in einem partizipativen Prozess erarbeiteten Positionspapiere zu Leitbildern, Zielen und Indikatoren für ein nachhaltiges NRW werden vorgestellt und ausgezeichnete Best-Practice-Projekte können kennengelernt werden. Perspektiven für den weiteren Prozess einer nachhaltigen Entwicklung in NRW werden aufgezeigt und diskutiert.



Informationen:
Projektbüro Agenda 21 NRW
Booz Allen Hamilton
Am Zollhof 8
40221 Düsselndorf
Fax: 0211-3890300

Friedensakademie in Afrika 2004

Intensivseminar
2. - 20. Januar 2004
Senegal

Ein Intensivseminar in der Friedensarbeit - "UNIVERSITE DE PAIX POUR L'AFRIQUE" - findet auch 2004 wieder statt. Eingeladen sind alle Multiplikatoren/innen in der Friedensarbeit, Mitarbeiter/innen in NRO's, oder in staatlichen Entwicklungsorganisationen, Mitarbeiter/innen in Programmen der UN oder in Gruppen und Verbänden der Zivilgesellschaft, die sich praxisorientiert in aktiver Friedensarbeit oder Nachhaltigkeit fortbilden möchten. Schwerpunkte der Friedensakademie sind: Gewaltfreie Kommunikation; Interkulturelle Kommunikation; Mediation und Konsensfindung; Methodenkompetenz im Umgang mit Konfliktsituationen; Erstellen eines individuellen Konzeptes für zukünftige Arbeit; Coaching und Begleitung 1 Jahr lang nach der Akademie. In aktiven und dynamischen Prozessen können die Teilnehmer/innen aufbauend auf Ihren bisherigen Kontext Ihre Sozial- und Methodenkompetenz weiterentwickeln. Ein wichtiger Baustein dieses Seminars ist der Aufenthalt in Kleingruppen außerhalb des Akademieumfeldes, in afrikanischen Gemeinden in der Umgebung. Da heißt es "leben und lernen in konkreten Situationen" um im Anschluss nach Beobachtung und Reflexion ein individuelles Konzept zu erstellen.

Informationen:
Bildung * Beratung * Training *
Coaching
Frau Dunja Müller
Schillerstr. 18
93049 Regensburg
Tel.: 0941-28643
E-Mail:
dunjamueller@web.de



Documentation of the International Conference: The Controversy about a New Investment Agreement in the WTO - Social and Ecological Implications and Alternatives

Zahlreiche Fallstudien über im Ausland getätigte Investitionen zeigen, dass kommerzielle Investitionen oft im Konflikt mit sozialen und entwicklungspolitischen Interessen der betroffenen Länder stehen. Zu den Auswirkungen von Investitionen auf die Umwelt gibt es bislang kaum Untersuchungen. Eine vom Umweltbundesamt geförderte und vom Forum Umwelt & Entwicklung in Auftrag gegebene Studie zeigt, dass die Konsequenzen nicht eindeutig abgeschätzt werden können. Somit sind Skepsis und Vorsicht geboten, zumal keine verbindlich geregelten Mechanismen für Umweltverträglichkeitsprüfungen in einem neuen Investitionsabkommen vorgesehen sind.

Vor diesem Hintergrund organisierte das Forum Umwelt und Entwicklung zusammen mit dem Evangelischen Entwicklungsdienst im April 2003 eine internationale Tagung über die ökologischen und sozialen Implikationen eines Investitionsabkommens im Rahmen der WTO. Anliegen der Tagung war es, das konfliktreiche Thema in einem breiteren Kreis von Interessierten zu diskutieren. Dabei wurden die Konfliktlinien zwischen den Befürwortern und Gegnern des Abkommens sichtbar. Insbesondere durch die heterogene Zusammensetzung der TeilnehmerInnen konnte die Tagung einen kritischen Dialog zwischen Zivilgesellschaft, Vertretern der EU-Kommission sowie Bundesregierung anregen und leistete dadurch einen Beitrag zur stärkeren Wahrnehmung des Themas in der Öffentlichkeit.

Die wesentlichen Inhalte der Tagung waren: Ökologische Auswirkungen eines Investitionsabkommens; Die Folgen eines Investitionsabkommens für Entwicklungsländer; Die grundsätzliche Frage, ob Auslandsinvestitionen den Königsweg für eine nachhaltige Entwicklung darstellen; Die

Publikationen

Alternativen zu einem multilateralen Investitionsabkommen und das demokratietheoretische Problem, dass ein Investitionsabkommen die Regulierungsmöglichkeiten für nationale Regierungen massiv beschneiden würde; Deutschlands Beitrag zu einer nachhaltigen Investitionspolitik. Neben den überwiegend englischen Beiträgen der Tagung enthält diese Dokumentation, die gemeinsam vom Forum Umwelt & Entwicklung und dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) herausgegeben wurde, eine Zusammenfassung in Deutsch und Englisch, die die wesentlichen Argumente der ReferentInnen sowie die Kernaussagen der Beiträge systematisch zusammenfasst. Im hinteren Teil der Dokumentation befinden sich wertvolle Hintergrundinformationen wie eine ausführliche Literaturliste und die oben genannte Erklärung der NGOs.

Bezug:
Forum Umwelt & Entwicklung,
Am Michaelshof 8-10,
53177 Bonn,
Tel.: 0228-359704,
Fax: 0228-92399356,
E-Mail: info@forumue.de,
www.forumue.de,
Einzelexemplare sind kostenlos.



Wie TRIPs Biodiversität und Ernährungssouveränität bedroht - Überlegungen und Empfehlungen aus NRO-Perspektive

Vertreter und Vertreterinnen von Organisationen der Zivilgesellschaft und von Nichtregierungsorganisationen aus Afrika, Asien, Europa und Lateinamerika, die sich für bessere Kenntnisse über und die Entwicklung von Strategien für die Sicherung der Ernährungssouveränität, die Erhaltung der biologischen Vielfalt sowie der gemeinschaftlichen Rechte und des traditionellen Wissens einsetzen, haben sich vom 18. bis 21. Juni 2003 in Hyderabad, Indien, versammelt und Überlegungen zu folgenden The-

men angestellt: Traditionelles Wissen; Rechte der Bäuerinnen und Bauern; Zugang zu genetischen Ressourcen und Vorteilsausgleich; Gentechnologie. In Anbetracht dieser Überlegungen wurde ein Aufruf an indigene Völker, ländliche Gemeinschaften, Bäuerinnen und Bauern, Fischer, Frauen und ihre jeweiligen Zusammenschlüsse, Organisationen der Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen formuliert, in dem u.a. Forderungen an die nationalen Regierungen und an die Regierungen der WTO-Mitglieder formuliert wurden. Diese Überlegungen, der Aufruf und die Forderungen sind in diesem 6seitigen Flyer dargestellt.

Bezug (Einzelexemplare):
Forum Umwelt & Entwicklung,
Am Michaelshof 8-10,
53177 Bonn,
Tel.: 0228-359704,
Fax: 0228-92399356,
E-Mail: info@forumue.de,
www.forumue.de

GAP-Europe - Partizipation und nachhaltige Entwicklung

GAP-Europe (GirlsActionPlan) hat im Auftrag der Europäischen Kommission und kofinanziert durch das BMFSFJ die Partizipation von Mädchen und jungen Frauen an Politik, Naturwissenschaften/Technik und Umweltschutz im Ländervergleich BRD, Österreich und Italien untersucht. Erarbeitet wurden zu jedem Bereich in allen drei beteiligten Ländern Studien, die wiederum zu einer Gesamtstudie zusammen gefasst wurden. Die Auswertung aller Studien und zweier transnationaler Tagungen führte zur Erarbeitung eines GAP (GirlsActionPlan), der Empfehlungen an die Politik und Fachkräfte und Institutionen gibt, worauf bei der Partizipation von Mädchen und jungen Frauen zukünftig stärker geachtet werden sollte.

Die Ergebnisse des europäischen Projekt „GAP-Europe“ - Partizipation und nachhaltige Entwicklung liegen nunmehr in Form ei-



ner dreisprachigen Publikation nebst CD-Rom vor. Das Projekt wurde von Januar 2002 bis März 2003 in Trägerschaft von LIFE e.V. durchgeführt. Projektpartnerin in Österreich war Sunwork e.V., in Italien BBJ Bruxelles, Sede Italiana.

Die prägnanten Empfehlungen sind zusammen mit verschiedenen Good practice Projekten aus den drei Ländern und Definitionen zentraler Begriffe der Chancengleichheit in dieser Publikation zusammen gefasst. Alle neun Länderstudien, die länder- und bereichsvergleichende Gesamtstudie, eine die deutschen Ergebnisse resümierende Studie, die fünf im Laufe der Projektzeit erstellten Newsletter, 24 Good practice Projekte sowie Videosequenzen von der transnationalen Abschlussstagung im Februar in Berlin präsentiert die ebenfalls dreisprachige CD-Rom, die im hinteren Buchdeckel der Publikation beigefügt ist. Abgesehen von den Videosequenzen und den Bildimpressionen von der gemeinsamen transnationalen Arbeit sind alle Ergebnisse und zusätzlich viele wertvolle Links und Studien auf der Homepage des Projekts veröffentlicht.

Bezug:
LIFE e.V. Berlin,
gartmann@life-online.de,

Kinderarbeit im indischen Baumwollanbau - die Rolle multinationalaler Saatgut-Konzerne

Diese aktuelle Studie enthüllt, wie internationale Saatgutfirmen von Kinderarbeit in ihrer schlimmsten Form profitieren. Auf der Anklagebank sitzen die Konzerne Monsanto, Unilever, Advanta und Syngenta sowie der deutsche Bayer-Konzern.

Der sehr arbeitsintensive Anbau von Baumwoll-Saatgut in Südinien erfolgt in kleinen Zuliefer-Betrieben, die zwar nominell unabhängig, jedoch durch Qualitäts- und Preisvorgaben sowie durch langfristige Lieferverträge an die Konzerne gebunden sind. Die hauptsächlich in Andhra Pradesh gelegenen Farmbetriebe beschäftigen Zehntausende Kinder - überwiegend Mädchen zwischen 6 und 14 Jahren. Von Werbeagen-

ten werden sie ihren Eltern in Notzeiten für einen Vorschuss gezielt abgeworben und gehen dann in den Frondienst - auf oft bis zu 100 km entfernt gelegenen Saatgutfarmen. Viele sind über Jahre auf den selben Feldern tätig, um immer wieder neue Vorschüsse abzuarbeiten. Für eine 12 - Stunden-Schicht erhalten sie unter 50 Cent. Giftigen Pestiziden ausgesetzt ist ihre Gesundheit im besonderen Maße gefährdet - ein schlimmer Verstoß gegen die Konvention 182 der ILO. Vom Schulbesuch sind sie ausgeschlossen, damit ist jede Chance verbaut, aus dem Armutskreis auszubrechen zu können. Die Saatgut-Konzerne nehmen auf den Farmen mehrmals pro Jahr Kontrollen vor und räumen "Probleme mit Kinderarbeit" ein, schieben jedoch die Verantwortung auf die Zulieferer. Die Farm-Betreiber hingegen verweisen auf die niedrigen Abnahmepreise für das Saatgut, die eine rentable Produktion nur mit Hilfe von Kinderarbeit ermöglichen. Die Untersuchung wurde von indischen Forschungsinstitut Glocal Research and Consultancy Services durchgeführt und wird von der deutschen Sektion des Global March Against Child Labour, der Coordination gegen BAYER-Gefahren und dem India Committee of Netherlands gemeinsam herausgegeben.

Bezug des kompletten Textes der Studie:
http://www.cbgnetwork.org/Ubersicht/Kampagnen/Kinderarbeit/Studie_Kinderarbeit/studie_kinderarbeit.html;
Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V.,
Tel.: 0211-333911,
E-Mail: CBGnetwork@aol.com,
www.CBGnetwork.org

Zivilgesellschaft & Entwicklung 2003

Ist Vernetzung mehr als nur ein Modewort? Wie sieht Netzwerkarbeit der Nichtregierungsorganisationen in der entwicklungspolitischen Praxis aus? Ist sie nur ein Selbstzweck oder tatsächlich ein Gewinn? Viele Beiträge der Ausgabe 2003 von Zivilgesellschaft & Entwicklung widmen sich diesen Fragenstellung aus unter-

schiedlichen Perspektiven. Beispiele der Internationalen Vereinigung der Lepra-Hilfswerke und des internationalen Netzwerks Social Watch illustrieren, wie politische Netzwerke zu Institutionen werden können, ohne an Flexibilität einzubüßen und ohne ihren Mitgliedern Freiräume zu nehmen. U.a.

Bezug:
VENRO,
Dr. Werner-Schuster-Haus,
Kaiserstr. 201,
53113 Bonn,
Tel.: 0228-946770,
Fax: 0228-94667799,
E-Mail: sekretariat@venro.org,
www.venro.org
www.gap-europe.net
(Erstattung der Portokosten).

Handel - ein Motor für die Armutsbekämpfung? Entwicklungspolitische Perspektiven zur Doha-Runde der WTO

Im Herbst 2001 wurde auf der WTO-Ministerkonferenz in Doha/Katar eine neue Runde von Verhandlungen zur weiteren Liberalisierung des Welthandels beschlossen, die gemäß ihrer Intention, die Position der Entwicklungsländer im Welthandel zu stärken, auch als Entwicklungsrunde bezeichnet wird. Knapp zwei Jahre später gibt es aber keine Anzeichen dafür, dass der Verlauf der WTO-Verhandlungen dieser Etikettierung gerecht würde. In sämtlichen für die Entwicklungsländer wichtigen Bereichen treten die Verhandlungen vielmehr auf der Stelle. Während - trotz gegenteiliger Beteuerungen in Doha - Schutzrechte für Entwicklungsländer weiter eingeschränkt werden sollen, zeigen sich die Industriestaaten nicht zu substantiellen Zugeständnissen hinsichtlich einer weiteren Marktöffnung bereit. Dabei ist in der Wissenschaft höchst umstritten, welche Wirkungen eine weitere Handelslibe-

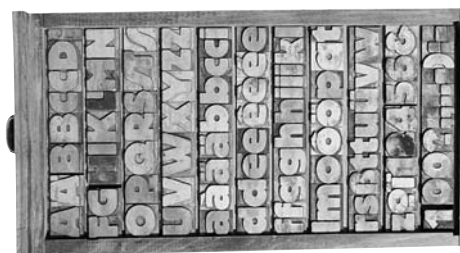
ralisierung auf die Bevölkerungen in Entwicklungsländern denn hätte: Ist sie - wie WTO, Weltbank u.a. behaupten - der effektivste Weg, um der Armut zu entkommen, oder trägt sie im Gegenteil zur Zunahme von Armut bei? Diese Broschüre versucht auf Grundlage der Auswertung der aktuellen wissenschaftlichen Literatur eine differenzierte Antwort auf diese Frage zu geben.

Bezug:
VENRO,
Dr. Werner-Schuster-Haus,
Kaiserstr. 201,
53113 Bonn,
Tel.: 0228-946770,
Fax: 0228-94667799,
-Mail: sekretariat@venro.org,
www.venro.org

Nachhaltigkeit als politische und analytische Kategorie - Der deutsche Diskurs um nachhaltige Entwicklung im Spiegel der Interessen der Akteure

Die Begriffe Nachhaltigkeit bzw. nachhaltige Entwicklung machten in Rekordzeit weltweit Karriere: Die großen Weltkonferenzen der letzten Dekade beschworen sie; Koalitionsvereinbarungen in Bund und Ländern erklärten sie zum Leitbild der deutschen Regierungspolitik; in Internet und Presse sind sie ständig präsent. Aufgrund der breiten öffentlichen Resonanz wundert es wenig, dass sich ein neuer Forschungszweig, die Nachhaltigkeitsforschung etablierte. Hier ist die vorliegende Studie einzuordnen. Ergänzend schlägt der Autor ein wissenschaftlich-analytisches Definitionsverfahren für den Begriff vor.

Bezug:
Ökom Verlag,
Waltherstr. 29,
80337 München,
Tel.: 089-5441840,
Fax: 089-54418449,
www.oekom.de
(20 € zzgl. VK).



Billigflieger: Kollapsgefahr für Mensch und Klima

**Der Traum vom Fliegen.
Für ganze 20 Euro.**

Schnell mal nach London für
neue Klamotten oder nach Madrid
zum Sightseeing.



Kann man dagegen etwas haben?
Warum steht der Flugverkehr in der Kritik?
Was kann der Einzelne tun?
Was kann und muss die Politik tun?

Der Flyer kann bestellt werden bei:



Forum Umwelt und Entwicklung,
Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn

Tel.: 0228/359704, Fax: 0228/92399356.

info@forumue.de

Weitere Publikationen finden Sie unter www.forumue.de